

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Frangebill.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Adors, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die hiergehaltene Beitzelle oder deren Raum 40 A,
Bergnützungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A,
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Ruzug ist fern zu halten von:
Tischlern nach Jena (Wernth & Naumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neubern (Firma Kromer & Co.), Stuttgart (Wagner & Co.), Buchenwalde (Wwe. Herms), Landsberg a. d. Warthe, (C. Moritz);
Tischlern und Sackrern nach Neu-Ssenburg;
Tischlern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Finsterwalde (Tischfabrik Curt Winkler);
Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Wagner & Zinkeisen und Schlobach), Saalfeld a. d. E. (Firma Adam Schmidt);
Hutbaumachern nach Berlin (Firma Schopf & Mebe);
Drechslern nach Reiz (Worms);
Hornbrechslern nach Coblenz (Firma Demmer & Hartmann);
Stellmachern nach Linden-Fischerhof (Hammerische Waggonfabrik);
Korbmachern nach Däben (Rinderwagenfabrik), Dranienburg, Ripperwiese bei Schwedt an der Oder (Lornow);
Verlammter-Knospdrechslern nach Berga (Rob. Meier jr.)

Arbeitsnachweis und Arbeitschein.

Schon seit Monaten waren die Holzindustriellen Berlins daran, einen allgemeinen Arbeitsnachweis für alle Branchen der Holzindustrie in's Leben zu rufen und die einzeln noch bestehenden Nachweise aufzuheben. Beides ist geschehen. Bereits am 15. Februar soll die Arbeitsvermittlungsstelle der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen in Kraft treten. Der Selbst-erhaltungstrieb soll die Arbeitgeber gezwungen haben, die Vergebung der Arbeit in der Hand zu behalten, wie die „Fachzeitung“ zu melden weiß. Die Berliner Holzindustriellen stellen sich nicht auf den Standpunkt, daß Käufer und Verkäufer der Waare Arbeitskraft ein gleich großes Interesse an der Vermittlung dieser Waare haben, sondern handeln nach dem Grundsatz: „Der Arbeitsnachweis gehört uns, weil wir die Stärkeren sind.“ Damit sprechen sie aus, daß sie nur die Arbeitskraft Desjenigen kaufen, der bereit ist, dieselbe zu ihnen genehmen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Daß ein solches Beginnen seitens der Arbeiter nicht auf die leichte Schulter genommen werden kann, ist ganz selbstverständlich, am allerwenigsten aber in einem Orte, in welchem die Unternehmer vor wenigen Wochen die zwischen ihnen und den Arbeitern bestandenen tariflichen Vereinbarungen über den Hausen geworfen haben. Würden geregelte Lohnsätze resp. Akkordpreise und eine geregelte Arbeitszeit bestehen, an denen zu halten jeder Arbeitgeber durch seine Organisation verpflichtet wäre, dürfte die einseitige Führung der Arbeitsvermittlungsstelle weniger bedenklich sein, so aber ist der Lohnbrücker Thür und Thor geöffnet, und mit Recht wehren sich die Berliner Holzarbeiter gegen eine Einrichtung, die sie als zunächst Betheiligte von der Leitung ausschließt, und zwar deshalb, weil sie verlangen haben, daß während vorhandener Differenzen in irgend welchem Betriebe die Arbeitsvermittlung ruhen soll.

Ein solches Verlangen ist aber durchaus berechtigt, denn es liegt im Interesse der Selbsterhaltung der Arbeiter. Das könnte hübsch werden, wenn einem Arbeitgeber, der zu Unrecht die Löhne rebuszirt oder aus sonstigen Anlässen Differenzen herbeiführte, ohne Weiteres an Stelle der Entlassenen oder Ausgeschiedenen neue Arbeitskräfte zu schlechteren Bedingungen als den bisher bestandenen überwiesen werden könnten. Wenn also jemals das Wort „Selbsterhaltung“ eine Berechtigung hat, so in diesem Falle. Doch darum

kümmern sich die Berliner Holzindustriellen nicht. Sie haben heute, wie sie in der „Fachzeitung“ verkünden lassen, die Macht, und dieser muß Recht und Gerechtigkeit weichen. Der Vorstand der Tischlerinnung hat den Beschluß mit obligatorischer Kraft ausgestellt, was besagen will, daß kein Mitglied derselben anders als durch den Nachweis Arbeiter einstellen darf. Sollte der Nachweis keinen Arbeiter nachweisen können, dann soll es den Arbeitgebern gestattet sein, Arbeiter auch anderweitig anzunehmen, jedoch nur dann, wenn die Arbeiter eine Bescheinigung vom Arbeitsnachweis beibringen, daß gegen ihre Einstellung nichts einzuwenden ist. „Auf keinen Fall“, so heißt es in der Fachzeitung, „kann geduldet werden, daß diese Vorschrift umgangen wird.“ Weiter heißt es: „Es wird im Interesse unserer Mitglieder mit aller Strenge darauf zu halten sein, daß jeder Arbeiter diese Kontrolle passirt, denn gerade hier wird die Organisation der Arbeiter einsoßen, um unserer neuen Einrichtung den Lebensfaden zu unterbinden und unseren Arbeitsnachweis unwirksam zu machen. Hier soll und muß sich die Disziplin, das Standes- und Solidariätsbewußtsein unserer Mitglieder zeigen, hier werden sie hoffentlich beweisen, daß Einer für Alle und Alle für Einen einstehen!“

Soviel wir heute vermuthen, wird allerdings der Holzarbeiterverband und werden die verwandten Organisationen der Arbeiter in der Holzindustrie sich freilich gegen die ihnen zugemuthete Kontrolle wehren, so gut es eben geht; ob sie momentan die neueste Einrichtung der Holzindustriellen für so bedeutungsvoll halten, daß sie ihretwegen große Aktionen in Szene setzen, glauben wir kaum, und zwar deshalb nicht, weil die Innungsmitglieder zu einem guten Theil den neuesten Chikanen ihrer Führer gegen die Gesellen mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstehen und sich herzlich wenig um die Maßnahmen der Macher Bry, Rahardt & Co. kümmern werden. Die Gesellen werden leider zum Theil gezwungen sein, den Innungsnachweis in Anspruch zu nehmen, aber doch nur so lange, als die wirtschaftlichen Verhältnisse dies bedingen. Wenn die Berliner Holzindustriellen Arbeitskräfte gebrauchen, werden sie schon zufrieden sein, wenn sie welche bekommen, und werden nicht erst fragen, ob sie vom Innungsnachweis oder sonst woher kommen. Das Solidariätsbewußtsein der Innungsmeister wird die Herren Rahardt und Konsorten „hoffentlich“ noch recht oft im Stiche lassen. Das scheint auch die „Fachzeitung“ zu ahnen, denn wozu hätte sie nötig, den Innungsmitgliedern Honig um den Bart zu schmieren, daß hoffentlich „alle Berufsgenossen genau so wie die Arbeiter zusammenstehen“ werden; ja, selbst die Gegner der Zwangsinnung sucht sie für die Durchführung der neuesten Chikanösen Maßnahme zu gewinnen, indem sie ihnen gegenüber die loyale Handhabung der dem Innungsvorstand zustehenden Machtbefugniß herausstreicht. Ob das ziehen wird und ob die Meister der Einführung der Arbeitscheine zu Liebe ihre Plätze leer stehen lassen, wenn die Gesellen solche Scheine vom Innungsnachweis nicht beschaffen wollen, muß abgewartet werden, ebenso, ob die Rechnung stimmen wird, welche in der „Fachzeitung“ aufgemacht wird, daß nämlich 20 000 Arbeiter in Betracht kommen und jeder derselben zweimal im Jahre die Arbeit wechselt, und demnach 40 000 Arbeitsvermittlungen vorauszu sehen sind. Wir nehmen an, daß zu gegebener Zeit die beiden „Fachleute“ und der Buchhalter, welche als Leiter und Verwalter des Nachweises vorgesehen sind, äußerst wenig zu thun haben werden. Die Herren Bry und Genossen sollten sich überlegen, ob die

M. 10 000, welche sie zur Deckung der veranschlagten Unkosten am Jahreschlusse von den Arbeitgebern einziehen wollen, nicht einem besseren Zwecke dienen könnten, vielleicht zur Durchführung der von der „Fachzeitung“ gemachten Vorschläge zum Submissionswesen; z. B. wäre ein Rechnungsfiskus für die Schundpreismacher sehr empfehlenswerth.

Welche Stellung die organisirten Holzarbeiter dem neuesten Nachwerk der Holzindustriellen gegenüber einnehmen, ist unschwer zu errathen. Sie stehen, wie seit lange schon, „Gewehr bei Fuß“, nicht, um in dieser passiven Stellung zu verharren, sondern um zu gegebener Zeit mit mehr Aussicht auf Erfolg als gegenwärtig zum Kampf auszugehen.

Die Herren Holzindustriellen nehmen gegenwärtig den Mund gewaltig voll; sie wissen garnicht genug zu deklamiren von den Slegen, welche sie ihrer Einigkeit, ihrer Solidariät, ihrer Disziplin und ihrer Macht zu verdanken haben. Im Grunde genommen haben sie garnichts erreicht; das Kontrollbuch ist heute nur zum Theil anerkannt und die der Welt mit großem Tamtam angekündigte Aussperrungsaktion ist — im Sande verlaufen, d. h. die Macher waren froh, daß ihnen durch eine nichtsagende Erklärung des Holzarbeiterverbandes eine große Blamage erspart worden ist. Wir haben die Sache viel ernster aufgefaßt (s. Nr. 5 „Ein Fingerzeig“) als sie wirklich war; wie konnten wir auch wissen, daß wir es mit Marktchretern zu thun hatten. Die Herren Macher und ihr Anhang stimmten den in Nr. 5 erwähnten Vorschlägen zu, und die Sperren bestehen nach wie vor weiter, wie Jedem, der sich davon überzeugen will, ein Blick in den „Vorwärts“ lehren kann.

So endete die große Staatsaktion der Berliner Holzindustriellen, und auch ihr neuestes Nachwerk wird verlaufen wie das Hornberger Schießen. Unsere Berliner Holzarbeiter werden natürlich auf dem Posten sein und den Herren Bry, Rahardt & Co. die Durchführung ihres neuesten Projektes nicht gar zu leicht machen.

Die Lage der Berliner Modell- und Fabrik-tischler,

die nach Ansicht vieler Kollegen während der verfloffenen Zeit guten Geschäftsganges eine so rosigte war, daß sie es garnicht nötig hatten, sich dem Holzarbeiterverbande anzuschließen, gestaltet sich während der jetzigen Krise zu einer immer unglücklicheren, und die Mißstände, die in den verschiedenen Werkstätten vorhanden waren, treten, da die Arbeitgeber wissen, daß eine Anzahl Arbeitsloser in Berlin stets zur Hand ist, nunmehr immer offener zu Tage. Die im Holzarbeiterverbande organisirten Kollegen wehren sich ja, so gut es eben gehen will, ihrer Haut, aber die große Zahl Indifferenter muß sich eben Alles bieten lassen.

In mehreren Betrieben, speziell in der Maschinenfabrik von E. Hoppe und im Rabelwerk „Oberspree“, herrscht schon seit Langem im Verkehre zwischen den dort Beschäftigten und den Werkmeistern ein Ton, wie er wohl auf Kasernenhöfen, aber selten in Werkstätten zu finden ist. Geradezu gesetzwidrige Zustände hatten vor einiger Zeit in der „Allg. Elektr.-Ges.“, Brunnenstraße, Platz gegriffen, ohne daß die Kollegen im Stande gewesen wären, dagegen anzukämpfen. Erst als der „Vorwärts“ sich mit dieser Werkstatt befaßte, und den betreffenden Werkmeister gebührend an den Kranger stellte, wurden hier die schlimmsten Mißstände beseitigt.

Unter solchen Umständen darf es denn auch nicht Wunder nehmen, daß, sobald der schlechte Geschäftsgang einsetzte, sich die Arbeitgeber daran machten, die Löhne kürzen zu wollen. Nunmehr endlich, als es den Kollegen an den Geldbeutel ging, erwachten sie und machten Front gegen die Abzüge.

Von den größeren Fabriken eröffneten die „Mies“-Werke den Reigen der Lohnabzüge. Den Kollegen gelang es zwar, da in betreffender Werkstatt nur in Akkord gearbeitet wird, die schlimmsten Zumuthungen zurückzuweisen, da aber für jedes Stück ein besonderer Akkordpreis vereinbart werden muß, drückt die Direktion genannter Fabrik denselben derartig, daß jezt bei größerer Intensivität der Arbeit doch ein geringerer Verdienst erzielt wird, als vorher.

Einen weit besseren Erfolg haben die Kollegen der „Union“-E. G. zu verzeichnen. Hier überragte die Direktion die gesamte Arbeitererschaft mit einer recht ansehnlichen Lohnföhrung bis zu 9 3/4 pro Stunde. Da aber die Modellfischer dieses Betriebes, in Berlin einzig dastehend, bis auf den letzten Mann organisiert sind, und die Direktion einfach, daß sie bei Durchführung der Abzüge ihre besten Arbeitskräfte verlieren mußte, ergielten die Kollegen einen Erfolg insofern, daß es ihnen gelang, die alten Löhne zu halten.

Kollegen! Es scheint, daß in unserer Branche wenigstens der Zeitpunkt der allgrößten Arbeitslosigkeit überschritten wäre. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß unsere Branche in die Lage kommt, nach und nach das Verlorene wieder zurück zu erobern. Das kann jedoch nur erreicht werden, wenn ein großer Theil der jetzigen Verbandmitglieder ihren Verpflichtungen dem Verbandsgegenüber besser nachkommt als bisher, und vor Allem mehr Kollegen dem Verbandszugehörigen werden.

Dies muß auch das Ziel der in letzter Branchenversammlung neu gewählten Werkstatt-Kontrollkommission sein, die für dieses Jahr aus dem Kollegen Desjünghaus als Obmann und den Kollegen Wörten, Stübner, Weiß, Behn, Larnawa und Nobler besteht. Aber auch diese Kommission kann nur Ersprießliches leisten, wenn sie von der Gesamtheit der Kollegen mehr als bisher unterstützt wird.

Von der Nothlage der Korbmacher.

Unter den im Deutschen Holzarbeiterverbande organisierten Berufsklassen sind die Korbmacher jedenfalls am ungünstigsten gestellt. In der im Jahre 1897 seitens unseres Verbandes ausgenommenen allgemeinen Erhebung über die Lage der deutschen Holzarbeiter standen sie mit ihrem Wochendurchschnittsverdienst von M 17,54 gegenüber den Tischlern mit M 20,36, diversen Berufen mit M 20,03, Stelmachern mit M 19,69, Drechslern mit M 18,80 und Wühlern mit M 17,63, an sechster Stelle und nur die Hülsarbeiter mit M 17,02 waren noch ungünstiger gestellt als sie. Und auch dieser Wochendurchschnittsverdienst wäre nicht erreicht worden, wenn die damalige Beihilgung der Korbmacher an der Erhebung nicht so gering gewesen wäre: nur 834 Korbmacher sandten damals Personenfragebogen ein, und da die bei Gewerkschaftsstatistiken gemachten Erfahrungen beweisen haben, daß nur die bestgestellten Arbeiter regeres Interesse am Gewerkschaftsleben und im Speziellen an solchen Erhebungen zeigen, so war immerhin der Schluß naheliegend, daß die Lage der Korbmacher noch bei Weitem ungünstiger war, als sie sich in jenen Zahlen wiederpiegelte. Diese Schlußfolgerung wird gestützt durch die uns vorliegende Broschüre*, in der die Ergebnisse der im März des vorigen Jahres seitens des Vorstandes unseres Verbandes unter den Korbmachern Deutschlands vorgenommenen Umfrage veröffentlicht werden. An dieser Erhebung, die einer aus Korbmacherreisen gegebenen Anregung zu danken ist, hat sich zwar wiederum nur ein verhältnismäßig geringer Theil der in Betracht kommenden Kollegen betheiligt — von 376 an der Statistik betheiligten Betrieben, die 2235 Arbeiter, 253 Arbeiterinnen und 239 Lehrlinge beschäftigten, haben nur 1464 Arbeiter und 71 Arbeiterinnen ausgefüllte Personenfragebogen zurückgeliefert. Es haben sich hiernach 66 pSt. der Arbeiter und 28 pSt. der Arbeiterinnen dieser Betriebe an der Statistik betheiligt. Immerhin ist das hier zur Beurtheilung der Lage der Korbmacher beigebrachte Material weit zuverlässiger und giebt uns viel mehr Berechtigung zu einer allgemeinen Beurtheilung der Verhältnisse in diesem Berufe, als die 1897er Statistik dies bot.

Zieht man Vergleiche zwischen dieser und der 1897er Verbandsstatistik, so fällt zunächst die weitere ungünstigere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Korbmacher seit 1897 stark in die Augen. Zunächst, was die Feststellung des Durchschnittslohnverdienstes anbetrifft, so hat sich seit dieser Zeit Vieles verschlechtert. Anstatt eine Erhöhung des Lohnes weist die Statistik eine Reduzierung desselben nach. Es wurde ein durchschnittlicher Wochenverdienst von M 16,51 festgestellt, gegen M 17,54 im Jahre 1897; zieht man auch in Betracht, daß die gegen 1897 größere Betheiligung und die dadurch erfolgte größere Heranziehung schlechter entlohnter Arbeiter dieses Ergebnis mit beeinflusst hat, so kann der Lohnverlust von M 1 pro Woche doch daraus nicht allein erklärt werden; augenscheinlich hat die Lage der Korbmacher in den letzten vier Jahren, die zwischen beiden Aufnahmen liegen, allgemein eine weitere Verschlechterung erfahren, trotz des guten Geschäftsganges in der Zwischenzeit und trotz der inzwischen eingetretenen Vertheuerung aller Lebensmittel.

In einzelnen Städten ist der Lohnrückgang seit 1897 noch weit größer als er sich aus der Vergleichung der 1897 und 1901 festgestellten Durchschnittsverdienste ergibt. In Berlin ist er von M 23,90 auf M 18,90 gefallen, in Bernburg von M 21,90 auf M 16,25, in Gersdorf von M 19,30 auf M 14,15, in Halle von M 17 auf M 13,50, in Hamburg von M 20,80 auf M 20,12, in Hannover von M 18 auf M 16,80, in Leipzig von M 16,10 auf M 14,88, in Spardau von M 23,10 auf M 20,22. Diese zum Theil enormen Rückgänge der Durchschnittslöhne erklären sich durch die bei der geringen Widerstandsfähigkeit der Korbmacher leider nur allzu häufigen Reduzierungen der Akkordpreise. Wir verweisen nur auf die Erfahrungen, die nach dieser Richtung in der Sughelbbranchen gemacht werden mußten, wo eine gegenwärtige Konkurrenz der Unternehmer, in letzter Zeit besonders verschiedener Berliner mit Hamburger Firmen, geradezu unerträgliche Preisunterbietungen und dadurch herabgesetzte Lohnverpflichtungen gebracht hat, denen seitens der Arbeiter leider nicht der nötige Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

Die Steigerungen der Durchschnittslöhne, die aus einigen anderen Städten wie Bielefeld, Elmsa, Brandenburg und Freiburg festgesetzt werden konnten, fallen gegenüber diesen erheblichen Lohnsenkungen in den oben genannten Städten wenig in's Gewicht.

* Von der Nothlage der Korbmacher. Nach statistischen Erhebungen im Jahre 1901 herausgegeben vom Vorstande des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Stuttgart 1901. Verlag von Theodor Neumann.

Wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß nach einer in der Broschüre gebotenen Uebersicht von den an der Statistik betheiligten Arbeitern nicht weniger als 52 pSt. den Durchschnittslohn von M 16,51 nicht erreichen — 152 Arbeiter (11 pSt.) verdienen bis M 10, 143 (10,3 pSt.) bis M 12, 157 (11,3 pSt.) bis M 14 und 265 (19,3 pSt.) bis M 16 durchschnittlich pro Woche — und kaum 25 pSt. der Betheiligten über ein Einkommen von M 20 und mehr pro Woche verfügten, gewinnt man annähernd ein Bild von der Nothlage dieser Arbeiter. Bei solchen Einkommensverhältnissen ist es nur zu begreiflich, wenn die Frauen und Kinder der Korbmacher zum Mitverdienen gezwungen werden. Die Erhebung hat darüber folgende Resultate geliefert: „In 228 Fällen muß die Frau zum Erwerb beitragen und in 30 Fällen werden weiterhin noch insgesammt 58 Kinder unter 14 Jahren zum Mitverdienen herangezogen. Es sind also 30 pSt. der Korbmacherfrauen und 4 pSt. von deren Kindern, welche durch verschiedenartige Arbeit mitverdienen, das Haushaltbudget im Gleichgewicht zu halten beihelfen müssen. In 42 Fällen besteht diese Frauenarbeit in irgend welcher Hülfleistung in der Korbmacherei selbst, und auch 19 Kinder müssen in sieben Familien in der Korbmacherei, beim Stuhlflachten zc. mitihelfen. Ferner suchen auch 64 verheirathete Männer selbst durch Nebenbeschäftigung noch ihre Einnahme zu vermehren. Es sind dies rund 8 pSt. der Gesamtzahl. Nach den gemachten Angaben beträgt ihre Einnahme aus dieser Nebenbeschäftigung durchschnittlich M 147 pro Jahr. Von den Genannten arbeiten 15 außerhalb der Werkstatt des Arbeitgebers noch in ihrem Beruf, während 49 sonstigen Nebenberufen nachgehen.“

Bemerkenswert ist noch, daß auch die Lage der noch in Kost und Logis arbeitenden Korbmacher seit 1897 ungünstiger geworden ist. Von den an der Statistik betheiligten waren 132 Arbeiter, also 9 pSt. von der Gesamtheit, bei ihren Meistern noch in Kost und Logis. Der Durchschnittslohn dieser Arbeiter stellte sich auf M 6,05 pro Woche, der Durchschnittswert für Kost und Logis wird auf M 6,66 angegeben, so daß der Durchschnittswochenlohn auf M 12,71 zu bewerten wäre gegen M 16,51 bei den übrigen Arbeitern. Folglich arbeiten die Kost- und Logisarbeiter um M 3,80 pro Woche billiger, obwohl sie obendrein eine längere Arbeitszeit haben und auf einen erheblichen Theil persönlicher Freiheit verzichten müssen. Und daß auch die Beförderung seitens der Meisterin im Allgemeinen keine unbillige sein dürfte, läßt sich unschwer aus dem überaus geringen Betrag erkennen, auf welchen sie von den Arbeitern eingeschätzt resp. von den Meistern selbst berechnet wird, wie ja auch die Klagen und Beschwerden der Arbeiter über die Kost hinlänglich bekant sind. Von den Meistern wird auf die Klagen über schlechtes Essen häufig entgegnet: „Ja, Sie zahlen aber auch nicht viel dafür“, wie sie andererseits aber auch den geringen Baarlohn zu rechtfertigen versuchen mit der Erklärung: „Aber Sie brauchen doch auch nur so wenig für's Essen zu zahlen.“ Daß sich die Lage der Kost- und Logisarbeiter in den letzten Jahren keineswegs verbessert hat, beweist wohl am besten die Thatfache, daß ihr Lohn seit der letzten Statistik im Jahre 1897 von M 6,30 auf M 6,05 verringert hat, anstatt daß in Rücksicht auf den allgemeinen Aufschwung der Industrie eine Erhöhung des Lohnes hätte erfolgen sollen.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde ein Gesamtdurchschnittsergebnis von 61,5 Stunden pro Woche festgestellt gegen 61,4 Stunden nach der 1897er Statistik. Nach diesem Ergebnis ist die Arbeitszeit sich gleich geblieben, obwohl mit Hilfe des Holzarbeiterverbandes in einer ganzen Anzahl von Städten die 9, 9 1/2 und 10 stündige Arbeitszeit durchgeföhrt worden ist. Von den tabellarisch aufgeführten 46 Orten figurirt Osmik bei Breslau mit der längsten Arbeitszeit, mit durchschnittlich 74 Stunden, es folgen Götlich mit 70,4, Perischdorf 70,2, Posen 69, Guben 67,2, Stettin 66,4, Fürstberg 66,1 bis zu Hamburg, welches mit 54,3 Stunden die kürzeste Arbeitszeit aufweist, während im Jahre 1897 auch in Hamburg der Durchschnitt noch 59,8 Stunden betrug. Auch durch diese Statistik wird die durch Arbeiterstatistiken so oft nachgewiesene Erscheinung, daß lange Arbeitszeit und niedriger Lohn zusammenfallen, nur auf's Neue wieder nachgewiesen. Das muß für die Korbmacher ein Ansporn sein, auch in ihrer Branche dem Streben auf Verkürzung der Arbeitszeit größeren Nachdruck zu verleihen.

In einem zweiten Theil des vorzüglichen Huchelshaus werden die Ergebnisse der Erhebung speziell für den Koburg-Richtenfelder Bezirk vorgeführt; wir behalten uns vor, auf diesen Theil nochmals zurückzukommen. Für heute wollen wir uns in der Würdigung dieser Arbeit des Verbandsvorstandes auf das Gesagte beschränken.

Es ist eine Elendsstatistik, die uns der Verbandsvorstand hier vorgeführt hat. Möge sie für die Korbmacher ein Ansporn sein, mehr als bisher sich den Aufgaben der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Beseitigung dieses Elends zu widmen. So oft hört man aus dem Munde gerade dieser Kollegen den Vorwurf, der Verband vernachlässige die Interessen der Korbmacher. Die vorliegende Arbeit beweist überzeugender als es den Kollegen gesagt werden kann, daß sie dem Verband mit solchen Vorwürfen unrecht thun; sie beweist aber auch, daß der Verband solche Verhältnisse nur dann beseitigen, menschliche Verhältnisse den Korbmachern nur dann erringen kann, wenn sie selbst den Willen zur Besserung bethätigen, und das können sie nur durch Unterstützung des Verbandes. Diese Statistik läßt nur eine Schlußfolgerung zu, es ist die Mahnung an die Korbmacher:

Organisirt Euch im Deutschen Holzarbeiterverband!

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Das zweite Eingeladene des Kollegen Lindner nöthigt mich zu einer nochmaligen, aber letzten Äußerung in dieser Sache.

Vollständig beizupflichten ist dem Hinweis, daß in vielen Gegenden Deutschlands, sowie einiger Branchen überhaupt, die Erwerbsverhältnisse unserer Mitglieder äußerst traurige sind, und da die Arbeitslosenunterstützung nur durch Beitragserhöhung möglich, so ist es erklärlich, daß die Kollegen in jenen Orten Gegner der Einführung der Arbeitslosenunterstützung

sind. Obgleich die schon vielfach erörterten Vortheile (Vinderung der Noth unserer Mitglieder, sowie Schutz vor Lohnrückgängen ufm.), welche die Arbeitslosenunterstützung bietet, vielfach anerkannt werden, so ist man eben nur wegen der nicht zu umgehenden Beitragserhöhung Gegner der Einführung. Der zu zahlende notwendige höhere Beitrag ist allein des Pudels Kern, woran für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung noch zu scheitern scheint.

Schon des Besseren ist eine größere Berücksichtigung der wirtschaftlich schlechtest gestellten Orte bei Lohnbewegungen verlangt worden. Und das sei auch dem Vorstande gesagt: wäre diesem berechtigten Verlangen mehr als bisher Rechnung getragen worden, der Widerstand gegen Beitragserhöhungen in jenen Orten wäre bedeutend geringer. In Zukunft wird man dem anzustrebenden Ausgleich in der Lebenslage der deutschen Holzarbeiter mehr Beachtung schenken müssen.

Verleht ist es aber, wie Kollege Lindner, prinzipieller Gegner jeder Beitragserhöhung zu sein. Wenn Kollege Lindner behauptet, die Beitragserhöhungen hätten unserer Organisation noch nie eine Erhöhung der Mitgliederzahl gebracht, so wissen wir aber doch, daß der Beitrag schon mehrere Male (von 10 3/4 im Tischlerverband an) erhöht wurde und der Mitgliederstand sich ständig steigerte. Durch hohe Beiträge und Karenzzeiten werden die Mitglieder mehr bestrbt sein, die erworbenen Rechte zu erhalten, und ich behaupte, würde der Beitrag nicht auf jetziger Höhe stehen, es wäre uns nicht möglich, jetzt, zur Zeit der Krisis, den Mitgliederbestand stabil zu erhalten.

Auch der vom Kollegen Lindner vertretenen Ansicht, daß einem großen Theile der Mitglieder die Leistung eines höheren Beitrages unmöglich sei, kann ich nicht folgen. Wenn die Unternehmer, in bekannter Brutalität die Zeit der Krise für sich auszunutzen, die Löhne reduzieren, oder der Staat die Steuern erhöht (in Sachsen zur Zeit um 25 pSt.), so muß der Arbeiter die Beche bezahlen. Wenn es sich aber darum handelt, unserer Organisation Mittel zuzuföhren, um den inneren Ausbau derselben, wozu die Arbeitslosenunterstützung gehört, zu verbessern, sowie überhaupt bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen, dann soll plötzlich die Zahlung eines höheren Beitrages unmöglich sein. Nur finanziell gut gestellte Gewerkschaften werden dem Unternehmertum gegenüber eine Achtung gebietende Stellung einnehmen und wesentlichen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben können, somit sind doch die bezahlten Mehrbeiträge nicht verloren, sondern fließen in Gestalt der verbesserten Arbeitsbedingungen nebst Zins und Zinsezinsen den Mitgliedern zurück. In diesem dazu nötigen Kampfe mit dem Unternehmertum soll die Arbeitslosenunterstützung nur ein Mittel zum Zweck sein.

Im Zentralverein der Bildhauer wird das „Umschauen“ laut Stellenvermittlungsreglement, § 13 Abs. 4, im Wiederholungsfall mit Ausschluß aus dem Verband geahndet. Die Durchführung dieser Bestimmung ist aber nur mit Hilfe der Arbeitslosenunterstützung möglich. Würden diese Einrichtungen nicht bestehen, die Lebenslage der Bildhauer würde jetzt, wo die Krisis, im Verein mit der modernen Stilrichtung, die Hälfte aller Bildhauer aus der Waarenproduktion ausschaltet, durch die Unternehmer auf's Tiefste herabgedrückt werden. Die Bildhauer werden, wenn notwendig, noch höhere Beiträge zu zahlen bereit sein, ehe sie den Arbeitsnachweis den Unternehmern ausliefern.

Wenn allerdings in unserer Organisation Führer derselben als Ideal für Ostpreußen, Posen und Schlesien allen Ernstes einen Wochenbeitrag von 5 3/4 anstreben (siehe Götlicher Gautagsprotokoll, Seite 37), dann ist es erklärlich, daß ein großer Theil der Kollegen gegen eine Beitragserhöhung ist.

Kollege Lindner zweifelt an der Durchführbarkeit des Vorstandsantrages mit einer Erhöhung des Beitrages um 10 3/4, und hält seine Berechnung aufrecht, daß dazu 37 1/2 3/4, also Gesamtbeitrag 62 1/2 3/4, notwendig seien. Daß dieses Resultat durch einen Irrthum, wegen Außerachtlassung der Karenzzeiten im Vorstandsantrag, entstanden ist, hat bereits die Redaktion richtig gestellt; ich will nur bemerken, daß derselbe dem Kollegen Lindner unbekant war, hatte ich nicht angenommen, weil Kollege Lindner auf dem Verbandsstag in Nürnberg denselben doch mit verhandelt hat.

Doch aber der Vorstandsantrag (etwas anderes Positives liegt noch nicht vor) mit einer Erhöhung um 10 3/4 durchführbar ist, halte ich für erwiesen, da im verwandtschaftlichen Metallarbeiterverband trotz der Krisis und etwas höherer Unterstühtungsätze, Ueberschüsse erzielt werden. Der Hinweis, daß die „Girsch-Dunder'schen“ zur Zeit Mehrausgaben, der Einnahme entgegenstehen, haben, um damit zu beweisen, daß die gedachten Unterstühtungsätze undurchführbar sind, ist sehr unglücklich gewählt, da doch diese bekannten „Harmoniehergenkünstler“ mit 10 bis 15 3/4 Gesamtbeitrag alles Mögliche (mit Ausnahme von Angriffsstreiks) leisten wollen.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn wir, gleich der österreichischen und dänischen Holzarbeiterorganisation, auch unsererseits die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen haben, wir auch wie diese mit der Einführung dieser Einrichtung zufrieden sein werden.

Noch eins. Kollege Lindner schreibt, ich hätte allen Gegnern der Arbeitslosenunterstützung angerathen, entgegen ihrer Ueberzeugung, dafür einzutreten. Dies wäre nicht nur „kindlich naiv“, wie Kollege Lindner „altwäterlich“ sagt, sondern überhaupt Unsinn. Ich habe gesagt, wer nicht prinzipieller Gegner, sondern nur aus taktischen Gründen, also z. B. zur Zeit aus Furcht vor Mitgliederverlusten, der solle, anstatt dagegen zu wehren, lieber aufflarend bei den Mitgliedern wirken. Allerdings fällt dies Manchem schwer, da sich oft hinter der taktischen Gründen die prinzipielle Gegnerschaft verbirgt. Wenn dies den Kollegen Lindner so erregt hat, so war es von mir unbeabsichtigt; that es aber mehr, deshalb, Freund Lindner, „bleib' nur hübsch gemüthlich“.

D. Gerlicke, Leipzig.

Die Verwaltung der Zahlstelle Schmidtlin hatte am 1. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung anberaumt, lediglich für den Zweck, eine Aussprache über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung herbeizuföhren. In agitatorischer Beziehung war der Erfolg ein guter, denn seit Jahren haben wir eine Mitgliederversammlung von dieser Stärke thatsächlich nicht zu verzeichnen gehabt, und der schöne Verlauf derselben berechtigt wohl auch zu der Hoffnung, daß vor diesem Zeitpunkt eine erfreuliche Wendung

zum Bessern eintritt. Das vom Kollegen Biesel-Altenburg gehaltene Referat wurde mit Interesse und Beifall aufgenommen und nach Verlauf einer längeren Diskussion wurde über folgende Resolution abgestimmt: „Die heutige, überaus gut besuchte Mitgliederversammlung stimmt den Ausführungen des Referenten über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung bei und verspricht sich davon für die Hebung der schlechten Lebenslage der Kollegen erhebliche Vorteile. Die Versammlung glaubt, daß durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung bei schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen die Errungenschaften eher gehalten werden können und folgert daraus, daß auch eine Besserung des Mitgliederstandes eintreten wird. Sie verspricht daher, bei der Urabstimmung für dieselbe abzustimmen.“ Für diese Resolution wurden 17 und gegen dieselbe 48 Stimmen gezählt bei einigen Stimmenthaltungen. Das Resultat, aus welchem man ersehen wollte, wie eigentlich die Stimmung unter den Kollegen ist, kann gerade nicht als unbefriedigend angesehen werden, da namentlich einige der waltenden Mitglieder mit allen Kräften dagegen in die Schranken getreten waren und sich sogar ausgeglichen hatten, wenn die Einführung zu Stande kommt, aus dem Verbanne auszutreten. Wir meinen, von Verbandskollegen, die noch dazu in der Verwaltung sind, müßte man etwas Anderes erwarten. Durch solche Bedrohungen ist es doch nicht ausgeschlossen, daß die Zahlstelle noch weiter zusammenkrumpft, und schließlich wird den über diese Frage wenigstens aufgeklärten Arbeitern doch zweifellos ein gutes Beispiel nicht gegeben. Also: solche Äußerungen dürften bei den Verwaltungsmittgliedern nicht vorkommen, wobei Niemandem verboten wird, nach seiner Ueberzeugung zu reden. Gerade die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie größtenteils hier bei uns bestehen, machen es einem jeden Verbandsmitgliede doppelt und dreifach zur Pflicht, für die Erweiterung und Vermehrung des Verbandes zu sorgen. Es gab eine Zeit, wo man sich entschieden fleißiger für Gewinnung neuer Mitglieder in's Zeug legte, möge dieselbe nicht wenn zu spät erst wiederkehren.

In einer Versammlung der Zahlstelle Freiburg i. Schl. sprach am 25. Januar Kollege Bergmann aus Breslau für die Arbeitslosen-Unterstützung. Redner betont, daß, obwohl er selbst Gegner dieser Unterstützung sei, er doch für dieselbe sprechen solle. Der Holzarbeiterverband ist nicht die erste Gewerkschaft, welche dieselbe einführen wollte, vielmehr bejähnd diese Einrichtung schon beim Metallarbeiterverband, bei den Handschuhmachern, Schuhmachern, Bäckern, Wildbauern usw. Alle Verbände, welche die Unterstützung eingeführt hätten, könnten immer einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen und auch im Holzarbeiterverband würde die Arbeitslosen-Unterstützung mit der Zeit eingeführt werden müssen. Redner bedient sich zur Begründung seines Vortrages des Referats des Sekretärs des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herrn Reichel („Holzarbeiterzeitung“ Nr. 1 d. J. unter Stuttgart). Nach längeren Ausführungen kommt derselbe zu dem Schluss, daß die staatliche Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht zu empfehlen sei, da ein eventueller Kampf sehr erschwert werden würde dadurch, daß Arbeitslose von den Behörden für Streitende eingeschoben würden. Die Gewerkschaften müßten also selbst Hand anlegen und die Unterstützung einführen. Der Metallarbeiterverband sei nach Einführung derselben an Mitgliederzahl beträchtlich gestiegen und das Vermögen wäre gewachsen und seien Ueberflüsse erzielt worden. Mit einer Beitragserhöhung von 10 % pro Woche wäre sehr wohl auszukommen und wünscht Herr Reichel, der Holzarbeiterverband möchte die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, da sie sicher dem Verbanne zum Vorteil gereichen würde. Kollege Bergmann führte weiter aus, daß die Unterstützung doch einmal eingeführt werden müsse, bezweifelt aber, daß dies auf dem nächsten Verbandstage dieses Jahres geschehen wird. Wenn dieselbe durch Urabstimmung angenommen würde, so würde der Zeitpunkt der Einführung doch erst auf dem Verbandstage festgesetzt werden. Den größten Vorteil an dieser Unterstützung hätten die größeren Zahlstellen über 1000 Mitglieder, da dieselben im Durchschnitt über 6 pZt. Arbeitslose, die Zahlstellen unter 1000 Mitglieder ungefähr 4 pZt. Arbeitslose aufzuweisen haben. Bei den großen Zahlstellen rühre der hohe Prozentsatz von dem Zugzug aus den kleinen Zahlstellen her. Mit einem Wochenbeitrag von 10 % soll eine Unterstützung pro Woche von M 6 mit einer Steigerung bis zu M 10 gezahlt werden. Bei dem Metallarbeiterverband sei durch die Beitragserhöhung eine leistungsfähigere Kampforganisation geschaffen worden. Redner bezweifelt aber, daß die diesjährige Abrechnung beim Metallarbeiterverband so günstig ausfallen wird, wie die vorjährige. Sodann meint Redner, daß die jetzige Krise ihren Höhepunkt jedenfalls erreicht habe und betrachtet die große Anzahl der angemeldeten Baue als ein günstiges Omen. Redner schließt seinen Vortrag mit einem Hinweis auf den Kollegen Gerstle in Leipzig, welchem zu Ohren gekommen sein soll, die Arbeitslosen-Unterstützung wäre sehr gut möglich bei einem Wochenbeitrag von 5 %, man müßte den Kollegen nur vor Augen führen, daß durch die Beitragserhöhung die Leistungsfähigkeit des Verbandes gefördert würde.

Nun ergreift Kollege Mecker aus Piegitz als Korreferent das Wort, um die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung müsse mit Ruhe und Ueberlegung erörtert werden. Es sei nicht möglich, welche die Gegner beeinflusst, gegen dieselbe zu sprechen und theilweise den Mitgliedern nicht gönnten. Die Arbeitslosenzahlungen könnten jedenfalls nicht als Grundlage dienen, da sehr viele Fälschungen nicht richtig oder überhaupt nicht ausgefüllt worden seien. Zur Einführung der Unterstützung sei ein Wochenbeitrag von insgesamt 60 % notwendig. Es kämen aber jetzt schon viele Kollegen nicht in die Versammlungen, weil sie einfach sagen, sie hätten kein Geld, da sie ohnehin schon zu viel für den Verband ausgegeben müßten. Die Durchführung sei jedenfalls eine sehr schwierige, da jetzt schon die Beiträge schlecht einzuziehen sind. In Freiburg würde sich die Anstellung eines besoldeten Beamten notwendig machen, da die Kontrolle zu schwierig sei, denn es könnten Arbeitslose möglicherweise zu Hause arbeiten oder gar auf's Land zu Kleinrentnern arbeiten gehen und nebenbei doch noch Unterstützung beziehen. Die Verwaltungspersonen würden dann weiter keine Zeit übrig haben, sich richtig um die Organi-

sation zu kümmern. Durch die Einführung würden jedoch die Mißstände nicht aus der Welt geschafft, sondern sie würden nur überkleistert werden. Bei Arbeitslosigkeit treten doch jetzt schon die Lokalkassen ein. Redner giebt der Meinung Ausdruck, es solle bei Arbeitsmangel beim Unternehmer darauf hingewirkt werden, daß die Arbeitszeit verkürzt und so einem Entlasser von Kollegen vorgebeugt wird. Von der Unterstützung würde der Verband eher Nachteile als Nutzen haben, da viele Mitglieder nur der Unterstützung wegen im Verbanne sind und im Ernstfalle auf dieselben nicht zu rechnen sein würde. Es sei nicht zu wünschen, daß der Holzarbeiterverband etwa auf das Niveau der Gewerkschaften herunterfinke.

Nach Beendigung des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages sprachen sich in der Diskussion einige Kollegen gegen die Unterstützung aus.

Unter „Verschiedenes“ wurde die Einführung eines Lokaltages in Vorschlag gebracht, mit der Begründung, daß dafür die Kollegen eher zu haben sein würden, da die gezahlten Gelder doch in der Zahlstelle verbleiben und so die Kollegen selbst einen Nutzen davon hätten. Nach einer längeren Debatte über diesen Punkt wird derselbe als noch nicht spruchreif zurückgestellt bis nach dem Verbandstage, da nach einer etwaigen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung von einer Lokalkasse überhaupt nicht die Rede sein kann.

Behörte ich bis vor Kurzem noch zu denjenigen Kollegen, die zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung keinen endgültigen Standpunkt einnahmen, so bin ich nach längeren Schlussfolgerungen sowie auch durch die Normen und Formen, unter denen die Anhänger der Arbeitslosen-Unterstützung dieselbe einzuführen gedenken, und unter denen sie das Beweismaterial für ihre Stellung in's Feld führen, in das Lager Derjenigen hinübergewandert, die durchaus keinen neuen Stern, der ein besseres Wüthen und Gedeihen unserer Organisation verkündet, darin erblicken.

In der allgemeinen Beweisführung nicht über ihre gewerkschaftliche Brille hinwegschauend, drängen die Anhänger der Arbeitslosen-Unterstützung den Egoismus in den Vordergrund, untergraben damit den Idealismus, der so manchen rüchtigen Kollegen befeelt, uneigennützig, selbstlose und begeisterte Agitation in den Massen der uns fernstehenden Kollegen zu entfalten.

In der Berechnung des Kostenpunktes bez. Erhöhung der Beiträge, die die Einführung zur Folge haben würde, nehmen sie Augenblicksresultate zur Grundlage an, z. B. die Arbeitslosenzählung, und setzen sich mit dem erhaltenen Ergebnis, daß eine wöchentliche 10 %-Beitragserhöhung zur Einführung ausreichend sei, in Widerspruch mit dem Zweck, den sie mit dem gepriesenen Mittel erreichen wollen. Außer Acht lassend, daß durch die Stabilität, so sie sich dadurch versprechen, ein großer Theil Unterstützungsberechtigter mehr heranwachsen würde, außer Acht lassend, daß das Fundament, auf dem die Rechnungen des Hauptvorstandes in Nr. 48 und die des Kollegen Umbreit in Nr. 51 aufgebaut, durchaus keine feste Grundlage bietet, indem 21 922 Kollegen bei der Zählung unbetheiligt waren, und nach meiner Ueberzeugung ein großer Theil Arbeitsloser darin vertreten gemeint ist, wird uns so schon vor Augen geführt, daß ein wöchentlich Mehrbeitrag von 10 % genügt, um die segensbringende Unterstützung einzuführen.

Soll die Arbeitslosen-Unterstützung ein Kampfmittel sein, um den Preis der Arbeitskraft hochzuhalten, wie die Anhänger desselben es sich ausmalen, so wäre sie es um so mehr, wenn das Gros der arbeitslosen Kollegen bezugsberechtigt wäre. Müßten bei etwas Nachdenken solche schablonenhafte Rechnungen in manchem Kollegen nicht Mißtrauen erwecken, zumal wenn unter der Devise: Arbeitslosen-Unterstützung, Kampfmittel, Kassenfüllen, Propaganda gemacht wird?

Wendet man das Wort Kampfmittel in Bezug auf Arbeitslosen-Unterstützung, auf das Wort Kassenfüllen an, wendet man das Augenblicksresultat von den Rechnungen der 10 %-Erhöhung auf das Wort Stabilität an, so bekommt hierdurch die Sache doch ein ganz frappantes Bild, und schlagen sich die Anhänger hier mit ihren eigenen Waffen.

Es macht den Eindruck, als sei es nur um eine Beitragserhöhung, unter dem Nimbus: Arbeitslosen-Unterstützung, zu thun.

Wie hinfällig die Behauptung ist, daß die Unterstützung des Einzelnen bei eintretender Arbeitslosigkeit einen Einfluß auf die Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausübt, erhellt am besten dann, wenn wir uns den großen Theil der unorganisirten Kollegen vor Augen führen, welche alsdann zu einem beliebigen Preise ihre Arbeitskraft zu verkaufen suchen und damit das thun würden, was wir zu verhindern suchten. Gegen die Lohnrückerei ist der Einzelne machtlos. Hier hilft nur eine straffe, starke Organisation, die, gestützt auf ihre Macht, Schundlöhne verhindern kann. Wäre es hier nicht am Platze, das Geld für Agitation zu verwenden, um dieser eine wirtschaftliche Machtstellung zu erobern, anstatt mit einem Krümlein Arbeitslosen-Unterstützung unseren organisirten Kollegen zu sagen: „Du darfst da nicht hingehen und die Woche so viel billiger arbeiten. Du mußt diejenigen für Dich einspringen lassen, die keine Arbeitslosen-Unterstützung beziehen. Du mußt Dich an derselben erquiden, bis die Zeiten besser werden, sonst wirst Du zum Lohnrücker!“

Ohne Zweifel würde er da von zwei Uebeln das kleinste wählen, und wenn er bis jetzt M 21 verdient, dann gerne für M 19 arbeiten anstatt mit M 3 Arbeitslosenunterstützung so lange zu warten, bis eine günstigere Konjunktur einsetzt, bei der er dann erfahren könnte, daß die für ihn in Stelle Getretenen es noch besser verstanden hätten, für horrenden Löhne zu arbeiten.

In Bezug hierauf ist es also eine Illusion, eine Phrase, die Arbeitslosen-Unterstützung als ein Kampfmittel hinzustellen.

Nun zur Stabilität. Ich bin fest davon überzeugt, daß bei der weiteren Erhöhung der Beiträge die Fluktuation noch im viel höheren Maße eintreten wird. Wir stoßen viele Kollegen innerhalb unseres Verbandes damit vor den Kopf, und haben nachher ein schweres Werben bei den uns fern stehenden Kollegen. Schon jetzt nehmen viele Kollegen innerhalb unseres Verbandes Anstoß daran, und müssen es als absurd finden, wenn es sonst nicht genug und immer wieder gesagt werden muß, daß der Einzelne nicht die wirtschaftliche Macht-

stellung besitzt, um bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen, und jetzt mit M 6 wöchentlich Arbeitslosenunterstützung mit einem Schläge eine Macht bilden soll, die bei unserem großen Indifferentismus, im Stande sei, die Werthung der Arbeitskraft hoch zu halten. Fort mit solchen Illusionen!

Hinein in die Massen der uns fernstehenden Kollegen! Machen wir sie aufmerksam auf die großen Wunden, an denen unsere heutige Gesellschaftsordnung krankt, die Ausbeutung der Massen zur Bereicherung Einzelner, an der sie Grunde gehen wird, um einem menschenwürdigeren Dasein Platz zu machen. Rufen wir das Empfinden für ihre traurige Lage in ihnen wach, damit sie aus ihrer verdammungswürdigen Gleichgültigkeit herausgerissen werden, Schulter an Schulter mit uns den Klassenkampf führen zur Emanzipation der Arbeiterklasse vom modernen Kapital.

Wenn wir unseren Kollegen etwas bieten wollen, so ist dieses das beste Mittel, um die Fluktuation herabzudrücken, stabile Verhältnisse einzuführen, besser als die umfangreichen Polemiken über die Arbeitslosenunterstützung.

Im Auftrage der Zahlstelle Oldenburg:
Joh. Ahlers.

Kollege Klassenapp in Köslin ist gegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, weil es den Kollegen in kleinen Orten unmöglich sei, einen zu ihrer Einführung nötigen Beitrag von 40—45 % zahlen zu können. Er hält es für besser und vortheilhafter für die kleinen Orte, wenn bei der nächsten günstigen Geschäftsperiode auf die Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr als bisher Bedacht genommen wird. Der Zugzug nach den Großstädten würde dadurch vermindert und die Kollegen selbst würden auch zahlungsfähiger werden. Dann könnte man schon eher als heute höhere Beiträge fordern. Heute werde bei günstiger Geschäftskonjunktur den großen Zahlstellen der Vorrang eingeräumt und die kleinen müßten immer zurückstehen; das ermutige nicht gerade, neue Mitglieder zu werben.

Die Kollegen Gasse und Kreher in Mabenau schließen sich vollständig den Ausführungen des Kollegen Finster in Potschappel an. Ihre Ausführungen über die Zwecklosigkeit der Konsumvereine haben mit der Arbeitslosen-Unterstützung nichts zu thun und deshalb können wir auf dieselben nicht eingehen.

Kollege Mag Drechsler in Waldheim ist gleichfalls Gegner. Zunächst ist ihm der Beitrag, der erforderlich sein würde, zu hoch, und die für einen niedrigeren Beitrag angebotene Unterstützung zu niedrig. Bei einer solchen müße die Familie doch noch hungern. Die Agitation in den zurückgebliebenen Gegenden, wo bei 18—14stündiger Arbeitszeit pro Tag ganze M 2 verdient werden, würde erfolglos sein. Aufgabe des Verbandes müße sein, gerade diese Kollegen, die häufig genug ihren um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, für die Organisation zu gewinnen. Wörtlich schreibt er dann:

„Auch dort in den Orten, welche es sehr viele giebt, wo man mittelst einer starken Organisation auch ohne Kämpfe oder Streiks in Bezug auf Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon viel erreicht hat, würden diese Errungenschaften mit einem Schläge zu nichte gemacht werden, denn die große Hälfte der Kollegen würde infolge der hohen Beiträge dem Verbanne den Rücken kehren, und der Respekt, welchen die Unternehmer noch vor unserer Organisation haben, würde verschwunden sein. Also: man müßte Jahrzehnte kämpfen, um nur das zu erreichen, was man jetzt schon hat. Sorgen wir dafür, daß in erster Linie unser Verband eine gute Waffe zur Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für jeden Kollegen wird, denn nur dadurch ist der großen Masse gedient; dann auch wird sich alles übrige Unterstützungswesen erübrigen.“

Rundichten.

Die neue Gewerbegerichts-Novelle enthält bekanntlich die Bestimmung, daß für jede Gemeinde von mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht zu errichten ist. Nach dieser Bestimmung waren am 1. Januar dieses Jahres in 54 Orten neue Gewerbegerichte zu errichten. Wie nun durch eine Umfrage der Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte bei sämtlichen in Betracht kommenden Amtsstellen festgestellt worden ist, war nur in Queblinburg vor Inkrafttreten der Novelle, also vor dem 1. Januar, mit der Errichtung eines Gewerbegerichtes vorgegangen worden. Nur noch in fünf weiteren Gemeinden war das Statut durchbetrieben und bestätigt, so daß das Gewerbegericht am 1. Januar eröffnet werden konnte: in Amberg, Uehrsleben, Reichenbach i. W., Stachfurt, Stendal. In 18 Gemeinden lag bei Jahresbeginn das Statut der höheren Verwaltungsbehörde zur Bestätigung vor. In sieben Gemeinden war der Entwurf fertiggestellt, aber noch nicht bis zur Nachsichtung der Betätigung gegeben. Zwölf warteten zunächst noch die (erst Anfang Januar erfolgte) Veröffentlichung des ministeriellen Musterstatuts ab. 14 Gemeinden antworteten allgemein, daß das Statut noch „in Vorbereitung“ sich befinde, während aus zweien die Antwort noch aussteht. Darnach wird es voraussichtlich noch mehrere Monate dauern, bis die gezeigte Vorschrift, daß für jede Gemeinde mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden muß, in Wirklichkeit durchgeführt ist.

Man braucht sich über den geringen Pflichtenheifer, mit dem verschiedene Kommunalbehörden an die Erledigung dieser Aufgabe herantreten, nicht sonderlich zu verwundern, wenn man in Vergleich zieht, ein wie schlechtes Beispiel in dieser Frage der preußische Handelsminister Möller den ihm untergeordneten Verwaltungsbehörden gegeben hat. Der Herr hat nämlich diesem Passus des Gesetzes eine so eigenartige Deutung gegeben, die zu einer Durchlöcherung des Gesetzes führen muß. In einem Erlaß, der sich mit den §§ 2 und 7 des Gewerbegerichtsgesetzes befaßt, führt der Herr nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ aus, daß das Gesetz im § 2 nur vorschreibe, daß für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden müsse. Nach § 7 sei es aber zulässig, die Zuständigkeit auf einzelne Gewerbe oder einzelne Theile der Gemeindebesatzung zu beschränken. Nach einer Ge-

meinde davon Gebrauch, so habe sie gleichwohl der Verpflichtung, ein Gewerbegericht zu errichten, genügt. Auch wenn für einen Ort bereits ein Berggewerbegericht besteht, so sei für ihn keine zwingende Verpflichtung zur Errichtung eines Gewerbegerichtes mehr vorhanden. Damit ist den beteiligten Gemeinden eine leicht fassliche Anweisung an die Hand gegeben, wie sie sich der ihnen auferlegten Verpflichtung entziehen können.

Es wird bald an der Zeit, daß dem Minister Müller, der seine Ämtern aus dem Bued'schen Industriellenverband gar zu unverbüßelt im Handelsministerium fortsetzt, das Handwerk gelegt wird, sonst legt er unserer ganzen Sozialreformgesetzgebung noch einen Sinn unter, der von den Vätern derselben nie geahnt war.

Ein Gewerbegericht muß der Stadtrath in Eisenberg (S.-A.) auf Anordnung des Ministeriums errichten und hat nun den Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Januar 1903 festgesetzt. Die organisierte Arbeiterschaft hatte sich seit Langem darum bemüht, aber immer vergebens. Vorher schiebt es nun der Stadtrath um fast ein weiteres Jahr hinaus. Das Rekrutendekret des Ministeriums datirt jedoch vom 3. Dezember 1901. Eisenberg wird im Herzogthum Altenburg die vierte Stadt sein, die ein Gewerbegericht hat.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Bis zum 11. Februar sind an alle Zahlstellen die Broschüren „Von der Nothlage der Korbmacher“ versandt. Wir übersandten jeder Zahlstelle zwei Exemplare für die Zahlstellenbibliothek, ferner an diejenigen Zahlstellen, in deren Bezirk ausweislich der Statistik Korbmacher beschäftigt sind, soviel Exemplare mehr, daß jedem beschäftigten Korbmacher eine Broschüre gratis ausgehändigt werden kann. Die Broschüre soll also als Agitationschrift für die Korbmacher gelten und ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, die Verbreitung alsbald in diesem Sinne vorzunehmen.

Sollte die gesandte Anzahl für diese allgemeine Verbreitung nicht ausreichen, so bitten wir, uns den Mehrbedarf umgehend mitzuthellen. Ebenso ersuchen wir, die Verbreitung in nahegelegenen Ortschaften, in welchen etwa Korbmachergehülfen beschäftigt sein sollten, mit zu übernehmen oder aber eine geeignete Adresse in solchen Orten an uns mitzuthellen, damit die Zusendung von hier aus erfolgen kann.

Denjenigen Zahlstellen, in denen eine größere Anzahl Korbmacher beschäftigt ist, empfehlen wir, die jetzige Gelegenheit zu einer besonderen Agitation unter den Korbmachern auszunutzen, das heißt Versammlungen zu veranstalten, in welchen durch geeignete Redner die in der Broschüre veröffentlichten Ergebnisse der Statistik über die Nothlage der Korbmacher zu erläutern wären und für den Beitritt zum Verband gewirkt werden könnte. Wegen der Deckung hieraus etwa entstehender außerordentlicher Kosten bitten wir die betreffenden Zahlstellenverwaltungen, sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen. Ebenso ersuchen wir, uns später über den Erfolg dieser Agitation Bericht zu erstatten.

Vorgenannter Broschürensendung sind für jede Zahlstelle die beiden Kandidatenlisten für die Delegirtenwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß beigefügt worden, worauf wir die Empfänger hierdurch besonders aufmerksam machen. Bei Benutzung der beiden Kandidatenlisten angehängten Formulare für die Wahlprotokolle bitten wir, Verwechslungen der Wahl für den Verbandstag und derjenigen für den Gewerkschaftskongreß zu vermeiden. Wir empfehlen, beide Wahlen in einer Versammlung, aber in zwei getrennten Wahlgängen vorzunehmen, unter genauer Beachtung des in unserem Zirkular vom 11. Januar abgedruckten Wahlreglements.

Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um sofortige Mittheilung.

Bezüglich der nunmehr vorzunehmenden Delegirtenwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß verweisen wir alle Mitglieder auf die nachfolgende Vorschrift des Wahlreglements:

„Die Wahl erfolgt in einer hierzu anberaumten Zahlstellenversammlung durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel in einem ununterbrochenen Wahlakt und kann nur in Person ausgeübt werden.“

„Es ist somit das Einsammeln von Stimmen außerhalb der für die Wahl anberaumten Zahlstellenversammlung, die Annahme von Stimmen nach Schluß dieser Versammlung, sowie die Abgabe der Stimmen auf Listen, ausgeschlossen, es würde dies abweichen von der seitens des letzten Verbandstages gegebenen Direktive und eventuell die Ungültigkeitserklärung der am Orte abgegebenen Stimmen zur Folge haben.“

„Die Wahlhandlung wird durch eine von der Lokalverwaltung zu ernennende dreigliedrige Kommission geleitet.“

Diese Bestimmungen machen es dringend erforderlich, daß alle Mitglieder die Pat-

findenden Wahlversammlungen besuchen und dort ihre Stimme abgeben.

Die Wahlen haben spätestens am 11. März stattzufinden, worauf beide Wahlprotokolle, von der Wahlkommission unterzeichnet und mit dem Zahlstellenstempel versehen, unverweilt an den Verbandsvorstand einzusenden sind.

Nachstehende, als verloren bezeichnete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20978 Gustav Ebold, Tischler, geb. 21. 9. 57 zu Döhlendorf.
- 29377 Paul Limprecht, Korbmacher, geb. 17. 12. 75 zu Freiburg a. d. Unstr.
- 64204 Friedrich Langmann, Schreiner, geb. 17. 1. 72 zu Nieberzwehren.
- 61647 Hans Schleicher, Tischler, geb. 30. 4. 81 zu Forchheim.
- 66517 Richard Buchholz, Tischler, geb. 31. 8. 76 zu Königsau.
- 72298 Valentin Schneider, Schreiner, geb. 6. 1. 70 zu Egelbach.
- 83228 Gustav Laue, Masch.-Arb. geb. 9. 9. 74 zu Merseburg.
- 101970 Julius Melis, Tischler, geb. 9. 7. 69 zu Zehdenik.
- 110085 Karl Schwiager, Stellmacher, geb. 1. 2. 79 zu Nienhagen.

Stuttgart, 8. Februar 1902.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

S. Gau. Vorort Dresden.

Der Bericht des Gauvorstandes ist den Zahlstellen übersandt worden. Dieser Sendung lagen bei die zu dem am 23. Februar in Dresden stattfindenden Gaultag eingegangenen Anträge, die Mandatsformulare und ein Zirkular. Sollte die Sendung nicht in allen Zahlstellen angekommen sein, so bitte mir dies mitzuthellen.

Für das Jahr 1902 wurden in den Gauvorstand von der Generalversammlung der Zahlstelle Dresden die Kollegen Heimann, Manig, Starke und Ganke wiedergewählt. An Stelle des freiwillig auscheidenden Kollegen Diebig wurde Kollege Oswald Müller gewählt.

Alle Zuschriften und Sendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

Der Gauvorstand. J. A.: Ernst Ganke, Dresden-A., Albrechtstr. 41, 1. Et.

20. Gau. Vorort Frankfurt a. M.

Wie den Zahlstellen durch Zirkular vom 11. Dezember und 4. Februar bereits mitgeteilt wurde, findet die diesjährige Konferenz am Sonntag, den 2. März, Vormittags 9 Uhr beginnend, im Saalbau, Offenbach a. M., Aufrake 28, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Die Arbeitslosenunterstützung. 3. Das Herbergsweien in den Zahlstellen. 4. Stellungnahme zum Verbandstag. 5. Anträge und Beschlüsse.

Wir ersuchen nun die Zahlstellen, die gewählten Delegirten zu verpflichten, zur Konferenz pünktlich zu erscheinen. Die gedruckten Jahresberichte, die Mandatsformulare sowie die bis zum 15. Januar eingelaufenen Anträge sind am 7. Februar an sämtliche Zahlstellen zum Versand gekommen. Von den Gauvorständen ist ein Exemplar für die Zahlstelle bestimmt, während die übrigen für 10 $\frac{1}{2}$ pro Stück an die Mitglieder zu verabsenden sind. Den Betrag hierfür ersuchen wir durch die Delegirten auf der Konferenz zu entrichten. Bei Mehrbedarf muß die Nachbestellung umgehend erfolgen, während nicht gebrauchte Exemplare spätestens bis zur Konferenz zurückzusenden sind.

Frankfurt a. M., den 10. Februar 1902.

Der Gauvorstand. J. A.: B. Brückner.

Korrespondenzen.

Berlin. Dem Bericht des Vorstandes, den Kollege Glöckle in der Generalversammlung am 29. Januar gab, ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal eine General- und neun Vertrauensmännerversammlungen, elf Verwaltungs- und zwei kombinierte Sitzungen mit der Kontrollkommission abgehalten wurden. Der Berichterstatter verweist sodann unter Anderem darauf, daß die Zahl der Rechtsbeschwerden fortgesetzt zunimmt und zwar infolge des Innungsgerichts, bei dem im Gegensatz zu dem Gewerbegericht nur ein geringer Theil der Klagen endlich erledigt wird. Die Rechtsbeschwerden sind infolgedessen im letzten Jahre auf 4119,27 gestiegen. Aber nicht nur, daß diese verhältnismäßig hohe Ausgabe verunsichert wurde, der größte Uebelstand ist die Langwierigkeit des Verfahrens, wodurch viele Arbeiter oftmals erst nach Monaten in den Besitz ihrer rechtmäßigen Forderungen gelangten. — Im verfloffenen Jahre waren 216 Differenzen einzelner Werkstätten zu verzeichnen. In 23 Werkstätten kam es zu Streiks, die in acht Fällen erfolglos waren, während die anderen durch Vergleich beendet wurden. Streikunterstützung wurde im ganzen Jahre 42 817,75 verausgabt. Darunter ist die Ausperrung wegen des bekannten Kontrollbuchs mit 10 428 Kosten und die Matrausperrung, die einen Kostenaufwand von 19 855 verursachte. Im Uebrigen hatte die Organisation viele kleinere Kämpfe zu bestehen und in den meisten Fällen ist es gelungen, wenigstens die von den Unternehmern fortgesetzt verfolgten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Auch die Mitgliederzahl ist trotz der ungünstigen Konjunktur auf der bisherigen Höhe verblieben und beträgt gegenwärtig über 12 000. — Die Einnahme der Hauptkasse betrug für das vierte Quartal 30 543,30, die Ausgabe 17 248,56, darunter Gemahregelunterstützung 2460,50, Streikunterstützung 3299,50, Rechtsbeschwerden 1106,63, Ewerbefälle u. s. w. 530,44. Die Lokalkasse hat inf. des alten Bestandes von 102 087,18 eine Gesamtsumme von 127 065,36. Die Ausgaben betragen 16 725,98. Unter den Ausgaben befinden sich 1314,66 für Agitation, 1261,05 Streikausgaben, 576,25 für Gemahregelunterstützung und 3150 Unterst. an andere Gewerkschaften und 993,92 Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. Die Werkstattkontrollkommission für alle Bezirke, die 125 Mitglieder zählt, hatte 868 Werk-

stätten- und 55 geschäftliche Sitzungen einberufen. Eingeladen waren 1396 Werkstätten, davon sind 719 Werkstätten mit 5209 von den 8162 daselbst beschäftigten Berufskollegen erschienen. In den meisten Fällen handelte es sich in diesen Sitzungen um die Stellungnahme zu geplanten Lohnreduzierungen und außerdem um den Anschluß an die Organisation. Die Branchenkommisionen mit 25 Mitgliedern hielten im vierten Quartal 54 Werkstätten- und 12 geschäftliche Sitzungen ab. Eingeladen waren zu diesen 96 Werkstätten, wovon 74 mit 784 Kollegen der Einladung Folge geleistet haben. In der hierauf vorgenommenen Erprobung zur Ortsverwaltung wurden neu bezw. wiedergewählt: Th. Glöckle als erster Bevollmächtigter; Miele als Redant; Leopold als erster Schriftführer; König, Bod und Klingner als Beisitzer, Kunze und Post als Beisitzer. Bei der Aufstellung der Delegirten zu dem am 4. Mai in Mainz stattfindenden Verbandstag wurde von R. Schmidt beantragt, statt den fünfzehn statutarisch der Berliner Zahlstelle zustehenden Delegirten insbesondere aus Sparsamkeitsrücksichten nur fünf Delegirte zu wählen. Um die Rechte der großen Zahlstellen aber nicht zu beschränken, soll statutarisch festgelegt werden, daß bei wichtigen Abstimmungen auf Antrag von zehn Delegirten die Abstimmung namentlich und nach der Mitgliederzahl auf den Verbandstagen erfolgen muß. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion in der von mehreren Rednern darauf hingewiesen wurde, daß gerade den Berlinern gegenüber auf den Verbandstagen bisher recht wenig Entgegenkommen bewiesen worden ist, abgelehnt und beschlossen, 15 Delegirte zu wählen. — Als Delegirte zum Gewerkschaftskongreß wurden im Einverständnis mit den Vertretern der in Betracht kommenden Orte für diesen Wahlkreis Th. Glöckle und R. Ahrens gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde noch aufgefordert, die Annahme der Entlassungsgesetze, wie sie von den Unternehmern jetzt eingeführt werden, zu verweigern. Eine spätere Versammlung wird sich mit dieser Sache noch eingehender beschäftigen.

Breslau. Dem Jahresbericht, welchen am 27. Januar Kollege Drosig an Stelle des verhinderten Bevollmächtigten, Kollegen Hedner, in der Generalversammlung gab, entnehmen wir, daß die Zahlstelle viele Kämpfe zu bestehen hatte; so bei den Firmen Zwienen, Sporleder, Ollendorf, Kimmel und mit kleineren Werkstätten. Bei zwei Firmen konnte die Zurücknahme der Lohnabzüge erst durch einen Streik erzwungen werden. Der Verband hatte auch für seine Mitglieder einen Buchführungskursus eingeführt, an dem sich zu Anfang über 70 Mitglieder beteiligten und einige 40 bis zu Ende ausharrten. Den Unterricht erhielt Herr Feige. Leider hat die hereingebrochene Krise viele Kollegen wirtschaftlich sehr mitgenommen und hat der Verband auch sehr darunter zu leiden. Die Mitgliederzahl ist leider gegen das Vorjahr zurückgegangen, dementsprechend auch die Einnahme, da die Arbeitslosen keine Beiträge zahlen. Beschl. wurde: Der Extrabeitrag soll ein weiteres Jahr hindurch gezahlt werden. Im abgelaufenen Jahre wurden 7 öffentliche und 13 Mitgliederversammlungen und 17 Vorträge gehalten. Die Verwaltung erledigte ihre Arbeiten in 28 Sitzungen. Der Geschäftsverkehr war umfangreich, es sind 229 Briefe eingegangen während 316 abgeschickt wurden. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 1276, zum Schluß 1196. Die Jahreseinnahme betrug (einschließlich des Extrabeitrages zur Deckung der Streikschulden) 8059,67, die Ausgaben 4206,93. Es blieb also ein Ueberschuß von 3792,74, der zur Tilgung der erwiderten Streikschulden verwendet wurde. Das Defizit, das zu Anfang des Jahres 7180 betrug, hat sich dadurch auf 3111,22 verringert und ist zu hoffen, daß es in dem begonnenen Jahre ganz verschwinden wird. Für Agitation wurden ausgegeben 864,09; und zwar entfielen auf die Lohnkommission 650 und 314,09 auf die Lokalverwaltung. An die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder wurden 505, an Gemahregelte 225 gezahlt. Der Kassierer wurde entlassen und hierauf die Gesamtverwaltung gewählt.

Döbeln. Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten neunziger Jahre brachte auch in unserem Orte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Leider haben unsere Kollege durch ihre Interesslosigkeit die wenigen Errungenschaften wieder fahren lassen. Anstatt sich der Organisation anzuschließen oder (soweit dies geht) ihre Verpflichtungen ihr gegenüber strikte zu erfüllen, kümmern sie sich eben um gar nichts mehr und lassen die Dinge gehen, wie sie eben gehen. Seit einem halben Jahre ist uns auch unser Lokal entzogen worden und sitzen wir nun ganz auf dem Erboden. In einem unserer Größenverhältnisse keineswegs entsprechenden Lokal sprachen vor mehr als zwei Monaten Kollege Meusch = Leipzig über: „Soziale Wilder im Tischlergewerbe“. Redner schilderte in trefflichen Worten die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter in den verschiedensten Gegenden Deutschlands, und ermahnte die Kollegen Döbelns eindringlich, ihrer Pflicht sich selbst und ihrer Organisation gegenüber nachzukommen. Einer schwarzen Kritik wurde der Inhaber der Gewächshausbaufabrik, Herr R. Ratschmann, unterzogen. Dieser Mann — der nebenbei gesagt, Stadtverordneter ist und die schwere Pflicht übernommen hat, für das Gemeinwohl der Bürger zu sorgen — hat seinen Arbeiter, die auch zu den steuerzahlenden Bürgern der Stadt gehören, Akkordpreise angeboten, bei denen es, selbst bei angestrengtester Thätigkeit, nicht möglich ist, 18 pro Woche zu verdienen. Ein Arbeiter, der in der Versammlung diese Mißstände und die inhumane Handlungsweise des Herrn R. gebührend kennzeichnete, wurde sofort entlassen. Wer ihn denunziert hat, mag dahingestellt sein; das bekannte Sprüchwort von dem „größten Lump“ mag derselbe sich hinter die Ohren schreiben. Erwähnt wurde weiter die albekannte Firma Dyhrrsen, welche seit einiger Zeit Polierinnen zu Anfangslöhnen von 3 angestellt hat. In der dritten Woche bekommen sie schon Akkord, erhalten aber nur zwei Drittel des für Drechsler geltenden Lohnes. Was bleibt den armen Mädchen, die bei diesen Preisen nicht einmal so viel verdienen, um sich nothdürftig nähren und kleiden zu können, übrig? Hat Herr Dyhrrsen, der im Stadtparlament ein Kämpfer für Ordnung und Sitte ist, Lust, diese Frage zu beantworten? Möchten die Kollegen Döbelns nun endlich einmal auf dem Posten sein, damit solchen Mißständen und Lohnbrüderien entgegengetreten werden kann.

Hamm. Die große Zahl der Arbeitslosen, die Opfer der wirtschaftlichen Krisen, giebt unseren Arbeitgebern willkommene Gelegenheit, die Löhne zu kürzen. In der Möbelfabrik Firma W. Landmann sind Wohnabzüge bis zu 10 pZt. gemacht worden, und zwar kurz vor Weihnachten, und ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntniß zu setzen. Da in obiger Fabrik jedoch nur wenig Kollegen organisiert sind, konnte dagegen nichts unternommen werden. 14 Tage später infizierte er in verschiedenen Zeitungen und bekam Arbeitskräfte in Fülle und Fülle. Die Folge war, daß er Löhne von M 2,70 bis M 3 anbot. Meistens wird in Alford gearbeitet. Die Preise sind aber so niedrig, daß es selbst dem geübtesten Arbeiter kaum möglich ist, bei zehnstündiger Arbeitszeit den früher vereinbarten Lohn von M 3,50 zu verdienen. Wann endlich werden die hiesigen Kollegen begreifen, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne kräftige organisatorische Thätigkeit immer schlechter werden? Es läge wirklich in ihrem Interesse, daß sie recht bald zur Einsicht kämen.

Landesberg a. d. W. Die Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, welche am 5. Februar stattfand, hatte sich wieder mit den Mißständen zu beschäftigen, welche in der Möbel- u. Holzindustrie im Jahre 1898 die Lohnbewegung der Holzarbeiter hier am Orte war, wurden, da wir uns damals noch in der günstigen Geschäftskonjunktur befanden, unsere Forderungen von der Firma anstandslos bewilligt. Als nach 1 1/2 Jahren die Geschäftskrise sich auch hier bemerkbar machte, versuchte die Firma durch Einführung der Theilarbeit Abzüge zu machen, so daß sich im Herbst 1901 das Eingreifen der Kollegen und des Gauvorstandes notwendig machte. Hauptsächlich kamen die Kassenarbeiter in Frage. Es sollten 10 pZt. abgezogen werden. Durch Vermittelung des Kollegen Eische wurde eine Einigung auf 5 pZt. erzielt. Spätere Neuerungen des einen Chefs der Firma ließen darauf schließen, daß es nicht dabei bleiben würde, und wir hatten uns nicht getraut, denn einige Wochen nach Neujahr wurden die anderen 5 pZt. ohne Rücksprache mit der bestehenden Lohnkommission rundweg abgezogen. 1898 wurde durch Unterschrift der vereinbarte Lohnantrag anerkannt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall, denn gerade die Mitglieder der Lohnkommission versucht die Firma jetzt hinaus zu buglizieren, was auch offen gesagt worden ist. Hiernach werden wir unsere Maßnahmen zu treffen wissen. Daß solche Zustände, wie sie hier angeführt sind, plaggreifen konnten, liegt auch viel an dem Verhalten der Kollegen selbst. Würden die Kollegen so handeln, wie sie es sich selbst und ihren Mitkollegen gegenüber schuldig sind, und statt auf andere Sachen, mehr auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht sein, so könnte es nicht dahin kommen. Also, Kollegen, beachtet dies! Es kommt mal wieder eine andere Zeit und dann ist der Erfolg unsicher. Die anderen Kollegen ersuchen wir, den Zugang nach hier möglichst fernzuhalten, hauptsächlich von obigenannter Firma, damit nicht immer gelagt werden kann, wir bekommen Arbeiter genug. Der Durchschnittslohn beträgt noch nicht 30 1/2 pro Stunde, was für eine Stadt wie Landesberg sehr minimal ist, woraus die Kollegen sehen können, daß hier keine goldenen Berge zu holen sind.

Überf. Wenn wir hier an dieser Stelle so wenig von uns hören lassen, dann müssen die Kollegen Deutschlands nicht etwa glauben, daß wir hier in einem Eldorado leben, auch wir haben hier Arbeitgeber, welche den schlechten Geschäftsgang dazu benutzen, ihre Arbeiter nach allen Regeln der Kunst auszubeuten, so u. A. auch die allbekannte Weitzfirma Gebrüder Wassertrath. Hier nur einige Stichproben: Zum größten Theil wird in dieser Musterfabrik in Alford gearbeitet, aber den Lohn zu bezahlen, welcher von der hiesigen Zahlstelle mit den Arbeitgebern am Orte vereinbart ist, fällt obiger Firma garnicht ein. Bei Alfordarbeit soll laut unserem Lohnantrag, zum Mindesten der Normallohn von 40 1/2 ausbezahlt werden; was thut aber unsere Musterfirma? Sie bezahlte einem Kollegen M 20 Abschlagszahlung, die letzte Woche bekam er nur M 18; das Alfordgeiß war alle. Ein weiterer Kollege bekam M 18 Abschlagszahlung und die letzte Woche nur M 12, auch bei diesem wurde das Alfordgeiß zur rechten Zeit alle. Ein dritter Kollege bekam die ersten zwei Wochen M 18 Abschlagszahlung, die nächsten Wochen M 12 und die letzten drei Wochen sage und schreibe garnichts. Ein vierter Kollege hatte schon M 40 auf seinen neuen Alford als Vorschuß erhalten, ehe er überhaupt knapp angefangen hatte; ob dieser Betreffende überhaupt einmal aus seinen Schulden herauskommt, das mögen die Götter wissen und dann besißt diese Musterfirma noch die Dreißigkeit, fortwährend in den auswärtigen Blättern zu annoncieren, wo hier doch Arbeitskräfte genug brach liegen und sie genug Gesellen bekommen kann, sobald sie unseren Tarif anerkennt. Allerdings die Versprechungen, welche dieselbe in den betreffenden Zeitungen macht, sind auch wirklich dazu geeignet, Kollegen hierher zu locken, hauptsächlich sind es die Berliner Kollegen, welche immer wieder hineinfallen; würden sich die Kollegen vorher bei der hiesigen Ortsverwaltung erkundigen, so könnten sie sich manches Unangenehme sparen. Da stand u. A. auch vor kurzem in mehreren Zeitungen folgende Annonce: „Gesucht wegen Vergrößerung unserer Fabrik tüchtige Möbeltischler auf gute fournirte Arbeit bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung“. Dies ist aber zum Mindesten eine Vorspiegelung falscher That sachen; die Gebrüder Wassertrath denken ja garnicht daran, ihre Fabrik zu vergrößern, denn Arbeitsplätze sind genug vorhanden, dieselben stehen aber die meiste Zeit immer leer, weil es da immer geht wie in einem Taubenstall. Eine weitere Annonce lautet: „Gesucht tüchtige Möbeltischler, welche eventuell später den zweiten Werthverhältnissen erhalten können, bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung“. Die Firma muß riesig viel Werkführer verbrauchen, daß sie den vielen Möbeltischlern, die sie sucht, eine solche Stelle in Aussicht stellt. Nun wollen wir den deutschen Kollegen noch einige Paragrafen der neuen Fabrikordnung, welche von den dort arbeitenden Kollegen unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse unterschrieben worden ist, vor Augen führen. Da ist z. B. der § 11 Abs. 2, welcher lautet: „Alfordarbeiter erhalten auf angefangene Arbeit am Zahltag eine dem Fortschreiten ihrer Arbeit entsprechende Abschlagszahlung nach Ermessen der Arbeitgeber oder ihrer Stellvertreter. Die Abschlagszahlung erfolgt, wenn die Arbeit als gut dem Arbeiter abgenommen ist, am nächsten Zahltag.“ Die oben angeführten Abzüge gelten auch für Alfordarbeiter.“ § 16 lautet: „Der Morgen- oder Mittags-

Pause genügende Entschuldigung die Arbeit später aufnimmt, als zu der hierfür festgesetzten Zeit, wird bestraft und zwar: Für Zuspätkommen bis zu 15 Minuten mit 15 1/2, für jede weitere halbe Stunde mit 10 1/2 bis höchstens 50 1/2. Wer ohne Entschuldigung einen Tag fehlt mit M 1. Bei Verstößen gegen die Arbeitsordnung können von den Fabrikherren oder deren Stellvertretern Geldstrafen bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Arbeiters ausgesprochen werden.“ Aus diesen wenigen Zeilen können sich die Kollegen Deutschlands ungefähr ein Bild machen, wie es in dieser Musterfabrik aussieht. Doch auch wir werden mit der Firma Gebrüder Wassertrath noch einmal gründlich zu gegebener Zeit abrechnen, wir werden uns aber dann nicht wieder auf ein Ehrenwort, welches dieselbe der Lohnkommission wiederholt schon gegeben hat, einlassen, sondern wir werden diesen Herrn gegenüber ganz andere Maßregeln ergreifen. Zum Schluß möchten wir die Kollegen Deutschlands noch ersuchen, falls derartige Annoncen wieder irgendwo auftauchen, ihre Gegenmaßregeln zu treffen.

Oberrhein. Auch hier hat sich die Krise in letzter Zeit sehr fühlbar gemacht, so ist in den meisten Fabriken die Arbeitszeit vorübergehend von elf auf zehn Stunden verkürzt worden, was früher hier nicht der Fall gewesen ist. An und für sich wäre gegen die Arbeitszeitverkürzung nichts einzuwenden, wenn dies bei den ohnehin niedrigen Löhnen der hiesigen Holzarbeiter nicht ein weiteres Zugziehen des Hungerriemens bedeutete. Auch Lohnabzüge sind in zwei Fällen gemeldet worden, in der Räderfabrik von Gebr. Seifert wurde der Lohn um 5 bis 10 pZt. gekürzt, desgleichen ist in der Stuhlfabrik von Gustav Escher in Kleinneuschnöberg eine fünfprozentige Lohnkürzung angekündigt worden; auf die Krise soll dies bei diesem Fall nicht zurückzuführen sein, da vollauf Beschäftigung vorhanden sei und auch genug abgeliefert würde. Die Arbeiter dieser Fabrik scheinen wenigstens die richtige Lehre daraus zu ziehen. Die einzige Fabrik, wo genug Arbeit vorhanden ist und auch Arbeiter gesucht werden, ist die Möbelfabrik von Weinhold, um so bestrebender muß es daher erscheinen, daß ein älterer zugereiteter Kollege keine Arbeit erhielt und doch einige Tage später Arbeiter eingestellt wurden.

Schmölln i. S.-A. Von den Arbeitern in der Hornknopffabrik von Jahr werden fortgesetzt Klagen laut über zu niedrige Verrechnung der geleisteten Arbeit. Man weiß wirklich nicht, was man von einer Firma denken soll, die die Arbeiter unter den Verhältnissen, wie sie bei ihr bestehen, obendrein noch bei der Verrechnung und beim Zählen der Knöpfe zu überborthteilen sucht. Neulich ist es vorgekommen, daß mehrere Arbeiter, nachdem sie bereits ihren Lohn erhalten hatten, in das Comptoir zurückgerufen wurden und man ihnen da erklärt hat, den Lohn wieder zurückzahlen, da man sich verrechnet habe, infolgedessen sind diesen Sonnabend thatsächlich Arbeiter leer und Einige mit M 3 und M 4 nach Hause gegangen. Einem Anderen wurde deshalb gekündigt, weil die Rechnung, die ein Vierteljahr nicht abgerechnet worden war, nicht stimmen sollte, bis man sich am Montag von dem Arbeiter doch noch überzeugen lassen mußte, daß er richtig gerechnet hatte und es wurde dann schließlich die Kündigung zurückgenommen. Aber was heißt in dieser Fabrik richtig rechnen, wenn der Arbeiter glaubt, es seien 100 Gros gewesen, so kommen eben doch am Ende nur 70 oder 80 Gros heraus und der Streit darüber hört nicht auf. Dabei erhalten die Arbeiter erheblich weniger für das Gros als in anderen Fabriken und müssen ebenfalls oder trotzdem 170 Stück Knöpfe auf das Gros, exklusive der schlechten, machen, sie haben aber außerdem außerordentlich schlechtes Material, Alles nur Abfälle und sind bereits schon dadurch in ihrem Verdienst ganz wesentlich beeinträchtigt, ungeachtet der Vorkommnisse, die hier vorläufig unerwähnt bleiben mögen und die in den anderen Fabriken gleichfalls nicht vorhanden sind. All diese Uebelstände, sollte man meinen, müßten die Arbeiter nur so in die Organisation hineintreiben und zum Nachdenken hierüber anregen. Was muß man aber da erleben? Die große Mehrzahl magt nicht einmal dagegen ein offenes Wort zu sagen und wenn Einer wirklich dagegen ankämpft, wird ihm nicht einmal geholfen. Die Arbeiter haben ganz verlernt, sich als Mensch richtig zu achten und sie werden durch den Faselgenuß unzweifelhaft noch weiter herunterkommen. Weshalb der traurigen Thatsache sei noch Erwähnung gethan: ein Arbeiter bietet sich an und will das Gros, wofür jetzt 3/4 1/2 gezahlt wurden, für 3 1/2 machen, dem Arbeiter wurde gekündigt, er ist nicht beim Verband, es ist aber traurig, wenn sich Arbeiter so etwas zu Schulden kommen lassen, ist doch überhaupt bei der im höchsten Maße schlecht bezahlten Arbeit kein menschenwürdiger Lohn zu verdienen. Löhne von M 8 und weniger werden in dieser Fabrik, in der gegen 45 Personen zur Zeit beschäftigt werden, in der Regel ausgezahlt; wer von den tüchtigsten Arbeitern einmal M 17 verdient, hat in den Augen des Fabrikanten schon zu viel verdient. Lächerlich und traurig zugleich. Jeder Arbeitgeber müßte doch selbst ein Interesse daran mit haben, wenn der Arbeiter etwas verdient, damit sie im Stande sind, ihre Kinder und sich ordentlich ernähren und kleiden zu können. Doch auch daraus müßten die Arbeiter wiederum sehen, daß ihnen von keiner Seite geholfen wird, wenn sie sich nicht selbst helfen. Man wird doch nicht darin eine Hebung der Lage der Arbeiter von Seiten der Unternehmer erblicken wollen, wenn dieselben jetzt für die Errichtung einer Volkshütte eintreten. Die Anstalt sollte am 15. Februar eröffnet werden und sicherlich rechnen die Unternehmer damit, billige und willige Arbeitskräfte auch in Zukunft bekommen zu können. Denn wenn sich die Arbeitgeber, vom Schlage der Schmöllner, keine Vortheile davon würden versprechen — eine Mittagsportion kostet ja nur 15 1/2 —, dessen sind wir überzeugt, sie machten keinen Finger dabei krumm. Um nun noch einmal auf Jahr's Knopffabrik zurückzukommen, muß betont werden, daß zunächst die Arbeiter die Einführung von Lohnbüchern zu verlangen haben, wie sie in den Ugehäusefabriken auch üblich sind, es läßt sich da für beide Theile eine viel leichtere Kontrolle handhaben und das Lohnzahlungsbuch ist gewissermaßen auch eine Kontrolle dafür, ob die Knöpfe richtig gezählt worden sind; über die anderen Uebelstände ließe sich dann bei einigem guten Willen der Beteiligten ihrer Organisation gegenüber auch noch reden.

Witzburg. Die Firma G. Willigheimer versteht es wie keine andere, die Arbeiter während des geschäftlichen Niederganges in der unerhörtesten Weise auszubeuten. Sie hat vor einigen Wochen vier Arbeiter, darunter solche, die 18 Jahre in der Fabrik thätig waren, ohne einen Pfennig am Zahltag nach

Hause geschickt; andere wurden mit M 4—6 abgefunden. Viele Arbeiter müssen aussetzen mit der Begründung, daß nur tüchtige Kräfte Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben (darunter sind die Alfordwitzer zu verstehen. Trotz des angeblichen Arbeitsmangels sucht die Firma im „Stuttgarter Tageblatt“ mehrere Schreiner und Polierer. Die Stuttgarter Kollegen wissen nun Weisheit, wie es hier steht; damit sie aber auch wissen, wie Arbeiter von der Firma behandelt werden, sei ihnen verrathen, daß ein Arbeiter, der 21 Jahre für sie geschunden hat, plötzlich auf's Pflaster geworfen und mit alter Lump, Schutt usw. tituliert wurde. Der Mann hatte nichts weiter verbrochen, als daß er alt geworden war. Daß sich die Herren solche Behandlung den Arbeitern gegenüber erlauben dürfen, vermindert die Arbeiter zum guten Theil selbst; denn einer Organisation gehören sie meistens nicht an, und wenn doch, so kümmern sie sich um dieselbe äußerst wenig. Die Hauptschuld an der miserablen Behandlung soll den Werkführer Simerz treffen. Mit diesem Herrn werden wir uns ein andermal beschäftigen. Ähnlich soll es bei dem Holslieferanten Osberg sein. Das Defizit, welches die Kollegen machen, wird durch Längerarbeiten ausgeglichen. Da aber in dieser Werkstatt die Kollegen in Christo ihr Domizil haben, kümmert uns das weiter nicht. Diese eben mitgetheilten Thatsachen wurden in einer Mitgliederversammlung festgestellt und eine scharfe Resolution gegen die Firma G. Willigheimer angenommen.

Wurzen. Vor vier Wochen wurde in der Streil'schen Möbelfabrik unter Hinweis auf die ungünstige Geschäftskonjunktur die Arbeitszeit von 10 auf 7 1/2 Stunden reduziert. Dagegen ließe sich garnichts einwenden, wenn nicht zu dem Lohnanfall auch noch eine Herabsetzung der Alfordpreise um 10 bis 20 1/2 pro Arbeitsstück gekommen wäre. War der Verdienst bisher schon ohnehin sehr niedrig, so werden jetzt bei verkürzter Arbeitszeit und reduzierten Alfordpreisen wahre Hungerlöhne verdient. In einer am 30. Januar stattgefundenen Versammlung, in welcher Kollege Wilsdorff Leipzig referirte, waren auch die Kollegen der Streil'schen Fabrik zahlreich vertreten und erklärten ihren Beitritt zum Verbande. Hoffentlich ist ihre Mitgliedschaft von langem Bestande. Aber auch den Maschinenarbeitern möchten wir nahelegen, daß mit dem Ballen der Faust in der Tasche nichts zu erreichen ist. Bei den Kleinmeistern sieht es recht trostlos aus; lange Arbeitszeit — selbst nach Feiertagen und Sonntags wird gearbeitet — und doch werden äußerst niedrige Löhne gezahlt. Die Wurzenener Kollegen haben in der günstigen Geschäftsperiode nicht einen einzigen Pfennig mehr Lohn als früher herausgeschlagen, und heute stehen sie den Arbeitgebern erst recht macht- und kraftlos gegenüber. Das sind die Folgen der seit Jahren beliebten Harmoniebesel, die sich jetzt bitter rächt. Möchten die Kollegen wenigstens jetzt, wo sie die Folgen ihrer Machtlosigkeit so schwer am eigenen Leibe verspüren müssen, zur Erkenntniß kommen, daß nur durch einiges, geschlossenes Vorgehen eine Besserung erzielt werden kann. Unsere nächste Versammlung findet am 13. Februar, Abends, in „Stadt Wien“ holl. Zahlreiches Erscheinen bringend notwendig.

Konferenz des 18. Ganes, abgehalten am 19. Januar zu Viefelsdorf.

Die Konferenz tagte in der „Centralhalle“ und wurde mit einer kurzen Ansprache des Kollegen Keller mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Jahresbericht des Gauvorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Delegirten. 4. Der bevorstehende Verbandstag. 5. Die Arbeitslosen-Unterstützung. 6. Unsere Stellung zur christlichen Gewerkschaftsbewegung. 7. Antrag Wünster: Errichtung eines Gau-Arbeitsnachweises. 8. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab Kollege Schneider den ersten Halbjahresbericht und führte aus, daß in dieser Zeit eine rege Agitation entfaltet worden sei, welche auch einige Früchte gezeitigt habe. Obwohl vom Gauvorstande die größten Schwierigkeiten nicht gesehen worden seien, um in Obernkirchen unter den dortigen Korbmachern, die in den Glasfabriken beschäftigt sind, eine Zahlstelle zu gründen, mußte dieses Vorhaben infolge der Wankelmuthigkeit der dortigen Arbeiter aufgegeben werden. Eine Arbeits-einstellung erfolgte in Lippstange, wo die in der Fabrik von Huth & Zahrand beschäftigten Bürstenmacher wegen Lohnreduktionen die Arbeit niederlegten. Aber wegen der Geschäftskrise verlief die Bewegung trotz wiederholter Versuche des Gauvorstandes, einen Vergleich herbeizuführen, ohne Resultat. Für das zweite Halbjahr gab der Gauvorsteher Keller den Bericht, und führte an, daß auch in dieser Zeit eine Arbeits-einstellung der Bürstenmacher habe, daß aber auch nach mehrmaligen Versuchen, die Arbeits-einstellung zur Befriedigung der Kollegen zu beendigen, jeder Vergleich nutzlos verlief.

Die Lokalverwaltungen sollten in derartigen Fällen, wo es sich um Abregelung einer Person handelte, lieber erst prüfen, ob mit einer Arbeitsniederlegung etwas erreicht werde, oder ob nicht dem betreffenden Arbeitgeber nur ein Gesellen durch die Arbeitsniederlegung erwiesen worden sei, wie dies hier gerade der Fall war.

Eine tüchtige Arbeit hatte der Gauvorstand mit der Aufnahme der Statistik für das zweite Halbjahr zu bewältigen. (Das Resultat ist schon durch den halbjährlichen Bericht des Gauvorstandes in Nr. 2 veröffentlicht, ebenso die übrigen Ausführungen über die Thätigkeit des Gauvorstandes und der Kassenbericht. Anm. d. Berichterstatters.)

Der dritte Punkt brachte ein immer wiederholendes Bild der Klagen über den schlechten Geschäftsgang, Lohnreduktionen mit verkürzter Arbeitszeit usw.

In Bünde sind von 400 Holzarbeitern 16 organisiert. In Hamm sind nur in der Fabrik von Landmann Lohnreduktionen vorgenommen worden. Hier aber derart, daß ein verheiratheter Mann ganze M 7 wöchentlich verdient hat, wovon er und seine Familie leben muß.

In Wünster kann die Mitgliederzahl nur durch Abholen der Beiträge aus den Wohnungen aufrecht erhalten werden, da keine Versammlungen infolge Totalmangels abgehalten werden können.

Zu Deynhäusen werden sogar Kontrakte zur Unterschrift vorgelegt, wodurch sich der Arbeiter verpflichten muß, zwei Jahre in der Fabrik von Troste zu arbeiten, wer sich weigert, diesen Vertrag zu unterzeichnen, wird nicht eingestellt.

Ein besseres Bild bietet Wramsche, wo 84,6 pSt. der Holz- arbeiter organisiert sind, hier haben die Meister gleich nach Gründung der Zahlstelle 15 Minuten von der täglichen Arbeitszeit freizwillig abgelassen.

Traurige Arbeitsverhältnisse herrschen in Blomberg, wo Lohnabzüge von 10-40 pSt. gemacht worden sind. Diese Lohnabzüge waren erst nötig, um die Kollegen aufzurütteln und ihnen ihre Ohnmacht dem Kapital gegenüber vor Augen zu führen. Sie sind nun aber, wenn auch etwas spät, auf die Organisation aufmerksam gemacht worden und haben deren Notwendigkeit erkannt. Hossentlich hält der dortige Zuwachs so an, daß bald sämtliche Arbeiter organisiert sind. Die Berichte der sämtlichen übrigen Orte wiederholen dasselbe Bild.

Zu Punkt 4 erläutert Kollege Schneider in kurzen Worten die Bedeutung des Verbandstages und weist auf das Statut hin, wonach die Arbeiten desselben genau vorgeschrieben sind.

Zu Punkt 5 beleuchtet Kollege Keller in längeren Ausführungen den Wert der Arbeitslosen-Unterstützung, und betont, daß dieselbe nur von Nutzen für den Verband sein könne.

Kollege Schred als Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung äußert sich im Sinne seiner in Nr. 52 v. J. der Holzarbeiter-Zeitung gemachten Ausführungen. Kollege Wohl-Osnabrück befragt die Arbeitslosen-Unterstützung, da durch dieselbe den verheirateten Mitgliedern doch etwas geholfen werde und dieselben eher vor Noth bei Arbeitslosigkeit geschützt seien. Nachdem noch einige Redner gegen gesprochen hatten, wurde bekannt gegeben, daß sechs Wochen vor dem Verbandstage über diese Frage eine Urabstimmung stattgefunden habe.

Zu Punkt 6 führte Kollege Keller aus, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften die Arbeiter über den Wert der christlichen Gewerkschaften täuschten, dieselben seien nur gegründet worden, um den freien Gewerkschaften Abbruch zu thun und die Macht der Arbeiter gegen das Unternehmertum zu zersplittern. Die christlichen Arbeiter aber seien durch diese Bewegung aufgerüttelt worden und lernten nun immer mehr erkennen, wo ihre wahren Freunde in Wirklichkeit zu finden sind. Durch die Agitation der christlichen Gewerkschaften werde der Boden für die freien Gewerkschaften gelodert und somit für die Saat der letzteren vorbereitet, eine gute Ernte werde das Resultat für die freien Gewerkschaften sein.

Der Antrag Münster (Punkt 7) wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Unter „Verschiedenes“ lag ein Antrag des Gauvorstandes vor: „Den Gantag alle zwei Jahre vor dem Verbandstage stattfinden zu lassen.“ Derselbe wurde jedoch nach eingehender Diskussion abgelehnt. Der nächste Gantag findet im Januar 1903 wieder in Diefelfeld statt. Vertreten waren sämtliche Orte (außer Lage) unseres Gaues durch 22 Delegirte. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden wurde der Gantag mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband um 6 Uhr Abends geschlossen.

Konferenz des 24. Gaues,

abgehalten am 26. Januar 1902 in Mannheim.

Gauvorsteher Seifert eröffnet die Sitzung mit dem Bemerkten, daß die heutige Konferenz jedem Kollegen wieder neue Fingerzeige zur Stärkung unserer Organisation geben möge. Anwesend sind 35 Delegirte aus 27 Zahlstellen. Saarbrücken war nicht vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Leipart anwesend. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Delegirten. 3. Vortrag des Kollegen Leipart über: „Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung“. 4. Verbandstag. 5. Berathung etwaiger gestellter Anträge. Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Gauvorstandes ist zu entnehmen, daß er 15 Sitzungen abhielt. Eingegangen sind 415, ausgegangen 560 Postsendungen; Versammlungen wurden 88 abgehalten und zwar in Mannheim 10, Landau, Neudorf 6, Neustadt, Pforsheim, Weinheim, Worms je 4, Heidelberg, Karlsruhe, Lamprecht, Ludwigshafen, Eberbach je 3, Alzen, Bruchsal, Durlach, Eichelbrunn, Reß, Pirmasens, Saarbrücken je 2, Edenkoben, Kaiserslautern-Laubendach, Oppersheim, St. Ingbert und Speier je 1.

In 12 Versammlungen wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erörtert. Eingegangen sind die Zahlstellen Weierbrunn und Etlingen. Neu gegründet wurden: Grimsstadt, Eberbach und Weiblingen. Des Weiteren wurde in Raibstadt, Schönau, Klingenstein und Betten versucht, Fuß zu fassen. In Nichtverbandsorten wurden 12 Versammlungen abgehalten. Kollege Zimmer-Rürnberg sprach in einer Kammmacher-Versammlung in Mannheim, aber leider ohne den gehofften Erfolg. Kassenrevisionen fanden 14 statt, darunter mehrere unermüdete. In sonstigen Angelegenheiten, Differenzen, Maßregelungen, Schlichtung von Streitigkeiten, wurde 38 mal ein Vertreter des Gauvorstandes entsandt. An Angriffskreis ist ein einziger zu verzeichnen, eine Werkstatt in Heidelberg und zwar mit Erfolg.

In Lamprecht waren 14 Kollegen an einem Abwehrstreik beteiligt, der 14 Wochen dauerte, doch konnte die Lohnreduzierung nicht abgewehrt werden.

Bei der Firma Lang in Mannheim widerstehen sich die Modellschreiner der Alfordarbeit. Sie wurden sämtlich gemohregelt.

In Bruchsal wurde bei der Firma Jung wegen schlechter Behandlung die Arbeit niedergelegt. Herr Jung wollte keine Verhandlungskollegen mehr einstellen, was er aber nicht durchführen konnte.

Der Gau zählte am Ende des Jahres 1899 2047, Ende 1900 2055, Ende 1901 etwa 1900 Mitglieder. Somit schließt das Berichtsjahr mit einem Mitgliederverlust von circa 150 ab. Dieser Rückgang ist der schlechten Geschäfts- konjunktur zuzuschreiben, denn in manchen Zahlstellen ist die Zahl der Beschäftigten sehr zurückgegangen.

Der Kassenbericht stellt sich folgendermaßen:

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beitrag vom ersten Halbjahr', 'Beitrag aus der Hauptkasse', 'Freiwillige Beiträge der Zahlstelle', 'Sonstige Einnahmen', and 'Summa'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Diäten und Fahrgebelter an Referenten', 'Drucksachen und Inzerate', 'Borio und Schreibmaterial', 'Persönliche Verwaltungskosten', 'Sonstige Ausgaben', and 'Summa'.

Freiwillige Beiträge sandten ein: Durlach M 15, Edenkoben 10, Eichelbrunn 5, Frankenthal 15, Landau 22, Laubendach 5, Neustadt 3, Pirmasens 5, Weinheim 5.

Die Revisoren: Mart. Ulrich, Peter Vinn, Joh. Schöber.

In der darauf folgenden Diskussion wurden nennenswerthe Klagen nicht vorgebracht. Die Delegirten waren mit dem Bericht einverstanden und wurde dem Gauvorstand Decharge erteilt.

Bei dem Bericht der Delegirten wurden dem Gauvorstand verschiedene Winke betreffs Agitation gegeben. Unter Anderem wünscht Karlsruhe einen Redner der Wagnerbranche.

Von Frankenthal wurde Klage geführt, daß besonders die Modellschreiner nicht zu bewegen sind, der Organisation beizutreten; von Seiten der Modellschreiner Mannheims wurde ihnen empfohlen, eine Sektion zu gründen. — St. Ingbert, Landau und Reß klagen über Kohalmangel. Letztere Zahlstelle leidet noch sehr unter Polizeischikanen. Auch die Lohnverhältnisse sind miserabel; es giebt bei 11-12stündiger Arbeitszeit M 2,80 Lohn.

Von Weinheim wird Klage geführt, daß die indifferenten Holzarbeiter trotz schlechter Behandlung von Seiten der Unternehmer, besonders der Firma Leintugel, nicht zu bewegen sind, der Organisation beizutreten. In Worms haben die Unternehmer einen Lohnabzug angekündigt und sind die Kollegen gegenwärtig im Streik.

Die Kommission berichtet, daß die Mandate und Kasse in Ordnung seien. Der Kassierer wurde entlastet.

Hierauf hielt Kollege Leipart einen fünfviertelstündigen Vortrag, welcher in gefügter Form hier folgt: Wir haben alle Ursache, auf unseren Zusammenkünften und Konferenzen zur Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen, um die Meinungen zu klären. Nicht bloß die Arbeiter, sogar das Parlament und der Staat beschäftigen sich mit der Frage. Nun kommt die Frage: „Ist es uns Arbeitern möglich, die Aufgabe zu erfüllen?“ Um Lohn und Arbeitsbedingungen zu verbessern, war bisher das einzige Mittel der Streik. Wir haben in den letzten Jahren M 250-300 000 jährlich für Streiks ausgegeben. Die Erfolge sind auch erfreulich, gegenüber anderen Branchen. Zur Zeit der Krise wird die Arbeitszeit verlängert und der Lohn gekürzt. Wir dürfen unsere Mitglieder nicht im Stich lassen. Redner führt als Beispiel die Handschuhmacher an, mit ihrem 60 % - Beitrag. Diese vermochten ein ganzes Jahr hindurch jeglichen Abzug seitens der Unternehmer abzuwenden. Es ist wunderbar, daß sich noch Gegner finden, die sagen, die Arbeitslosenunterstützung führe zur Verumpfung, oder sie sei ein Einschläferungsmittel, oder die Unterstützung sei zu niedrig. Wenn es der Fall wäre, daß die Holzarbeiter verumpfen, so wären wir schon verumpft, denn Unterstützungen sind schon vorhanden.

Der Einwand, der Staat soll für die Arbeitslosen sorgen, ist richtig, aber nicht wahrscheinlich. Bis jetzt sorgt der Staat für Arbeitslose, die Gefängnisse stehen ja offen. Als Vorbild für die Unternehmer, entlassen die Staatswerkstätten die Arbeiter. Zugegeben, der Staat übernimmt die Unterstützung, aber für welchen Beitrag? Die bestehenden Versicherungsgeetze sind Beweise genug. Ist sie staatlich eingeführt, muß Jeder die Arbeit annehmen, die ihm zugewiesen wird; z. B. die Junter brauchen im Sommer Leute, oder es ist irgendwo Streik, da wird es heißen: „Wenn Du nicht hingehst, erhältst Du keine Unterstützung mehr!“ Seit zwei Jahren ist mancher Gegner zum Anhänger geworden. Gemöhnlich heißt es, 10 % reichen nicht aus. Laut unserer Arbeitslosenanzahl genügt ein Mehrbeitrag von 5 %. Dieser Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein Antrag auf fünf Minuten Redezeit wurde angenommen, jedoch wurde der Wunsch geäußert, einem Gegner auf unbeschränkte Redezeit das Wort zu gewähren. Als Korreferent wurde Kollege Weber-Karlsruhe bestimmt.

Derselbe führte aus, der Verbandsvorstand müsse mehr Aufklärung über die bestehenden Arbeiterchutzgeetze, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgeetze schaffen. Im Falle der Einführung müssen unsere Arbeitsnachweise mehr ausgebaut werden.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich die Anhänger im Sinne des Referenten aus. Die Gegner bezweifelten die Berechnungen des Hauptvorstandes und glauben, daß ein höherer Beitrag notwendig wäre. Die Holzarbeiter seien bloß 20 pSt organisiert, mithin bleiben bei der Einführung 80 pSt. Lohnrücker.

Ein Antrag: Vor der Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung möge der Verbandsvorstand eine geeignete Broschüre oder ein Flugblatt herausgeben, in welchem die Gründe enthalten sind, die die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als notwendig erscheinen lassen, wurde mit 20 Stimmen angenommen.

Die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ergab, daß die Mehrheit sich für dieselbe erklärte. Alle zu dieser Frage gestellten Anträge wurden abgelehnt; ebenso die Anträge, welche eine Änderung in der Abhaltung der Gau- und Verbandstage bezweckten.

Weiter wird ein Antrag Mannheim angenommen: Der Verbandstag möge beschließen, überall da, wo die Verhältnisse es erfordern, den Gauvorsteher fest anzustellen. Wenn derselbe die Geschäfte der Honorarzahlstelle mit versteht, ist diese verpflichtet, einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Auf Antrag Edenkoben soll der Verbandstag beschließen, daß, da gleiche Beiträge erhoben werden, auch gleiche Streikunterstützungen gezahlt werden.

Ein Antrag, die Tagegelber der Verbandstag-Delegirten auf M 10 herabzusetzen, wird mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Mit einem kurzen Schlusswort und einem Hoch auf den Holzarbeiterverband schloß der Vorsitzende um 7 Uhr die Konferenz.

Konferenz des 16. Gaues,

abgehalten am 26. Januar in Neudorf.

Die Tagesordnung der Konferenz lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Berichte der einzelnen Zahlstellen; 3. Der bevorstehende Verbandstag; 4. Die Taktik bei unseren Lohnbewegungen; 5. Sonstige Anträge und Verschiedenes.

Vertreten waren 20 Zahlstellen durch 22 Delegirte sowie drei Mitglieder des Gauvorstandes.

Aus dem Berichte des Gauvorstandes und der Delegirten sei Folgendes hervorgehoben: Versammlungen, an denen der Gauvorstand beteiligt war, fanden 23 statt und zwar in Gaarden, Preeß, Plön, Flensburg, Neudorf, Apenrade, Tondern, Husum, Meldorf, Tschow, Neumünster, Kellinghusen, Friedrichsdorf und Ederförde je eine, in Schleswig, Eutin und Tönning je zwei und in Gattorf drei. Kassenrevisionen wurden vorgenommen in Schleswig und in Tönning. Die Zahlstelle Ederförde ging im ersten Halbjahr ein, wurde jedoch im zweiten Halbjahr wieder neu errichtet. Neue Zahlstellen wurden ferner errichtet in Gattorf, Tönning und Kellinghusen.

Zu Lohnbewegungen kam es in Meldorf und in Ederförde. In Meldorf hatten die Kollegen die Forderung einer Lohnhöhung von 32 auf 35 % pro Stunde gestellt, die auch, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam, bewilligt wurde. Die Kollegen in Ederförde forderten Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit und 32 % Stundenlohn. Die Bemühungen des Gauvorstandes, zwischen beiden Parteien eine Einigung herzustellen, waren erfolglos, so daß es schließlich zur Arbeitsniederlegung kam. Nach circa fünfwöchentlicher Dauer mußte jedoch der Streik beigelegt werden, da die Meister ihre Arbeiten außerhalb hergestellt bekamen. Ein Erfolg wurde nicht erzielt.

In Schleswig machten die Kollegen einer Werkstatt eine im Monat Januar ihnen gemachte Lohnreduktion von 34 auf 32 % wieder weh, indem sie zum April die Forderung eines Stundenlohnes von 35 % durchsetzten. Die Werkstattler in Tönning erzielten eine Lohnaufbesserung von 2 % die Stunde. In Eutin hatten in einer Werkstatt die Möbeltschler, welche einen Stundenlohn von 30 % bezogen, an den Arbeitgeber die Forderung auf 35 % gestellt. Da derselbe dieser Forderung nicht nachkam, legten die Möbeltschler die Arbeit nieder. Die Werkstattler (in der Werkstatt wird auf Bau und Möbel gearbeitet), deren Stundenlohn 33 % betrug, arbeiteten jedoch ruhig weiter. Der Gauvorstand, um seine Meinung befragt, mußte jedoch die Angelegenheit auf sich beruhen lassen, da die Möbeltschler weber dem Gauvorstande nach der Zahlstellenverwaltung in Eutin von dem beabsichtigten Vorgehen Mitteilung gemacht hatten. Eine wegen Differenzen über die Würfelfabrik Krause in Kiel verhängte Sperre verlief gleichfalls erfolglos. Einige kleine Vortheile verschafften sich noch die Kollegen in Neustadt und in Preeß.

Zu recht ersten Differenzen kam es in Husum, und zwar in der unruhlichst bekannten Holzbearbeitungsfabrik von Köhn. Die vielen Mißstände in der Fabrik, an denen leider die Kollegen selbst viel Schuld tragen, das ungebührliche Verhalten eines Werkführers und sonstige Dinge mehr hatten das Blut der Kollegen zum Sieden gebracht. Als nun gar noch Köhn zum ersten Oktober die Arbeitszeit anders einteilen wollte, trotzdem er, nach Aussage der Kollegen, im Frühjahr versprochen hatte, zum Winter keine Änderung in der Arbeitszeit eintreten zu lassen, war dem Kaffe der Boden ausgeglichen. Die Kollegen wehrten sich gegen die neue Arbeitszeiteinteilung und die Folge war, daß circa 70-80 Mann entlassen resp. ausgesperrt wurden. Der Gauvorstand, der erst Kunde von der ganzen Angelegenheit erhielt, als die Aussperrung geschehen war, suchte zu vermitteln. Den Forderungen der Husumer Kollegen, einen Abwehrstreik zu inszenieren, konnte der Gauvorstand nicht entsprechen, da eine andere Einteilung der Arbeitszeit (Verlängerung war von Köhn nicht geplant), kein Grund dazu war, umso mehr, als fast in ganz Deutschland die Krise sich bemerkbar gemacht hatte. Die Kollegen fügten sich schließlich in die veränderte Arbeitszeit, leider blieben drei Kollegen als Gemahregelte auf der Strecke. Der Gauvorstand gab den Husumer Kollegen den Rath, bei solchen Gelegenheiten höchstens besonnener vorzugehen, ihre Organisation auszubauen, alle Uebelstände, welche durch die Schuld der Kollegen selbst entstanden sind, ganz besonders das unsinnige Drauflosarbeiten bei der Alfordarbeit, erst zu beseitigen, dann könnten sie auch bei günstiger Gelegenheit daran denken, an den Fabrikanten Köhn Forderungen auf Verbesserungen ihrer Lage zu stellen.

Der Mitgliederbestand der einzelnen Zahlstellen weist im Allgemeinen wenig Schwankungen auf, soweit solche vorhanden, sind sie meistens in der für das Gewerbe mehr oder weniger günstigen Jahreszeit begründet. Ausnahmen machen die Zahlstellen Kiel, Neudorf und Schleswig, wo eine Aufwärtsbewegung zu konstatiren ist, und Husum, wo infolge der Differenzen der Köhn'schen Fabrik ein Rückschlag eintrat.

In Kiel betrug die Mitgliederzahl im 1. Quartal 483, im 2. Quartal 545, im 3. Quartal 582, im 4. Quartal 550. In Kiel ist die Organisation soweit ausgebaut, daß mit Ausnahme eines Theiles der Werkstattler und derjenigen wenigen Kollegen, die man überhaupt nicht in der Organisation haben will, die gesammte Kollegenschaft geschlossen der Organisation angehört.

Neudorf hatte im 1. Quartal 27, im 2. Quartal 45, im 3. Quartal 60 und im 4. Quartal 44 Mitglieder.

Schleswig hatte im 1. Quartal 26, im 2. Quartal 28, im 3. Quartal 40 und im 4. Quartal 37 Mitglieder.

Husum hatte im 1. Quartal 64, im 2. Quartal 46 und im 4. Quartal 49 Mitglieder.

Aus den kleinen Zahlstellen wird immer wieder die Klage laut, daß die wenigen verheirateten und sekhafsten Kollegen an Orte durch keine Ueberredungskunst in die Organisation hineinzubekommen sind.

Eigenthümlich liegen die Verhältnisse in Dadersleben. Die übergroße Mehrzahl der Kollegen sind Dänen. Aus Furcht, Opfer der bekannten preussischen Germanisirungspolitik zu werden, sind diese Kollegen weber in die Versammlungen zu bekommen, noch sonst für eine praktische Arbeit für den Verband zu gewinnen.

Auch Apenrade kann ein Lied von polizeilicher Plakerei und Chikanererei jüngen. Die Behörde stellte an die einzelnen Gewerkschaftszahlstellen das Ansuchen, alle Mitglieder, die

Ausländer sind, auszuschließen. Als die Gewerkschaften sich dessen weigerten und die Behörde auf ihr gesetzwidriges Verlangen hinwies, trat dieselbe den Rückzug an und verlangte nur noch die Einziehung der Mitgliederlisten.

Den Vogel abgeköpft hat jedoch der Amtsvorsteher in Gattorf, der eine öffentliche Holzarbeiterversammlung deshalb verbot, weil im Orte unter dem Viehbestand die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war.

In sechs Orten des Gauces bezahlten die Mitglieder außer dem Verbandsbeitrag noch einen Extrabeitrag und zwar in Kiel und Gaarden 10 3 pro Woche, in Edernförde, Gufum und Lönning 5 3 pro Woche und in Gattorf 10 3 pro Monat.

Die kürzeste Arbeitszeit, 57 Stunden in der Woche, ist in Kiel und Gaarden, die längste Arbeitszeit, 66 Stunden, ist theilweise noch in Edernförde, Gufum, Kellinghusen und Neumünster üblich.

In Kiel, wo der durchschnittliche Stundenlohn 46 3 beträgt, wurde der höchste Lohn erreicht mit M 31,38 die Woche, während in Gattorf und Kellinghusen die Löhne bis zu M 15, in Habersleben gar bis zu M 12 heruntergehen. Soweit noch Kost und Logis vom Meister gegeben werden, melden Wilster und Tondern den höchsten Lohn mit M 9, Neustadt den niedrigsten Wochenlohn mit M 5. Derartige gewaltige Unterschiede in der Lohnhöhe sind jedenfalls nicht lediglich in den örtlichen Lebensverhältnissen begründet, sie reden vielmehr eine recht deutliche Sprache, wie nur durch gute Organisation eine Besserung der Arbeitsverhältnisse möglich ist.

Während in der Mehrzahl der Orte sich die Krise im Holzgewerbe noch nicht bemerkbar gemacht hat, spüren sie die Kollegen in Apenrade, Iphoe, Melbör und Neumünster. In Iphoe hat die Krise außerordentlich scharf eingeseht, sind doch hier im Laufe eines Jahres zirka zehn Tischlermeister Konkurs gegangen, darunter einige, die schon mehrere Gesellen beschäftigt haben. In Kiel, wo die Geschäftstätigkeit immer noch ziemlich lebhaft war, hat sich jedoch im letzten Jahre ein Zugzug von auswärtigen Arbeitskräften bemerkbar gemacht, wie er früher wohl noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Nach dem Mutter des Flensburger Arbeitgeberverbandes, der bei den Lohnbewegungen des Jahres 1898 in Flensburg eine so unheilvolle Rolle spielte, haben sich im letzten Jahre fast in allen Orten der Provinz Arbeitgebervereine gebildet. Hauptagitator für dieselben ist der bekannte Fabrikant Böhn aus Gufum. (Natürlich, Böhn muß seine Nase überall dazwischen haben. D. Red.) Die Kollegen mögen daraus lernen, wie notwendig sie es haben, geschlossen dem Verbands beizutreten.

Die Jahresabrechnung der Gauverwaltung zeigt folgenden Bild:

Table with financial data: Einnahme, Beiträge aus der Hauptkasse, Ausgaben, Diäten und Fahrgebelter für Referenten, Druckfachen und Inserate, Porto und Schreibmaterial, Persönliche Verwaltungskosten, Sonstige Ausgaben, Vertretung des Gauvorstandes auf der Konferenz in Flensburg, Bilanz, Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand.

Sämtliche Anträge, welche zu den beiden ersten Punkten der Tagesordnung vorlagen, wurden abgelehnt.

Dem Gauvorstand wurde anheimgegeben, falls die Kosten sich nicht zu hoch stellen, für's nächste Jahr über seine Geschäftstätigkeit einen gedruckten Bericht vorzulegen, um die Zeit, welche der Konferenz zur Verfügung steht, für wichtige Beratungen auszunutzen. Der dritte Punkt der Tagesordnung, der bevorstehende Verbandstag, zeitigte eine lebhafteste Diskussion. Die Zahlstelle Tondern hatte eine Reihe Änderungsanträge zum Statut gestellt, die die Gaukonferenz zu den übrigen machen und beim Verbandstag beantragen sollte. Mit einer Ausnahme wurden alle diese Anträge abgelehnt. Der Antrag, den die Konferenz zu dem übrigen machte, verlangt, daß auch beim Ableben von ledigen Verbandsmitgliedern das Sterbegeld gezahlt werden soll, da es schon mehrmals vorgekommen ist, daß verstorbene ledige Kollegen von der Armenverwaltung beerdigt worden sind, andererseits auch ledige Kollegen bedürftige Angehörige zurücklassen.

Ein Antrag Flensburg, der Verbandstag möge das Statut dahin abändern, daß bei jährlicher Thätigkeit die Wahl der Lokalverwaltungen halbjährlich stattzufinden habe, mit der Maßgabe, daß jedes halbe Jahr die Hälfte der Mitglieder ausscheidet, fand gleichfalls die Zustimmung der Konferenz.

Betreffend der Arbeitslosenunterstützung wurde folgende Resolution angenommen:

„Mit Rücksicht auf den Beschluß des letzten Verbandstages, sechs Wochen vor dem nächsten Verbandstage eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen, empfiehlt die Gaukonferenz den einzelnen Zahlstellen, bis zum Stattfinden dieser geplanten Urabstimmung möglichst eingehend über die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Versammlungen zu diskutieren.“

Der vierte Punkt wird mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Als Ort, an dem die nächste Gaukonferenz abgehalten werden soll, wird Schleswig bestimmt.

Von Flensburg wurde angeregt, dahin zu wirken, daß die Kollegen im 16. Gau bei der Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskongress ihre Stimmen möglichst wenig zerplittern. Es wird deshalb der Zahlstelle in Kiel überlassen, einen Delegirten aufzustellen und werden die Kollegen der übrigen Zahlstellen ersucht, möglichst ihre Stimmen auf diesen Kandidaten zu vereinigen.

Nach einem Schlußwort des Gauvorstehenden, das in die Mahnung ausklang die Delegirten möchten das Gehörte und Besprochene beherzigen, für die gefassten Beschlüsse eintreten und zu Hause in ihrem Wirkungsort mit erneuter Energie für die Ausbreitung und Festigung des Verbandes eintreten, wurde die Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen.

Eingekandt.

Auf die Zuschrift aus Frankfurt a. d. O.: „Ein Exemplar zum Kapitel, wie mit unserem Gelde nicht umgegangen werden soll“, habe ich Folgendes zu erwidern:

Nachdem der Verwaltung Berlin mitgeteilt war, daß die 9., 10., 11. Wahlabteilung zwei Vertreter zum Gewerkschaftskongress zu wählen hätten, wurden wir uns darüber einig, daß es angebracht wäre, uns über die Kandidatenfrage zu verständigen, damit Stichwahlen möglichst vermieden würden. Mit der Einladung der Zahlstellen wurde Kollege Stusche betraut. (Nebenbei bemerke ich, daß von den acht in Frage kommenden Zahlstellen fünf so nahe an Berlin liegen, daß man für 10 oder 20 3 im Gewerkschaftshaus ist.) In dieser Sitzung erklärten die Vertreter der Zahlstelle Weikensee, daß sie in ihrer Zahlstelle bereits Stellung zu der Frage genommen hätten und den Kollegen Glöde für Berlin und M. Ahrens für die Provinz auszuwählen haben. In der Diskussion hierüber trat der Kollege Ulrich-Frankfurt warm für den Kollegen Methner ein mit den Worten: „Der Kollege Methner übertrifft bei Weitem den Kollegen Ahrens in Bezug auf agitatorische Fähigkeit und Kenntniß der Verhältnisse in der Provinz; er erwarte, daß man den Kollegen Methner, wenn nicht zum Verbandstag, so doch mindestens zum Gewerkschaftskongress wähle.“ Alle übrigen Vertreter waren jedoch anderer Meinung und schlossen sich dem Vorschlag Weikensee an.

Dieses der wahre Sachverhalt. Wie man nun dazu kommt und einen so hochtrabenden Artikel losläßt, ist mir nicht verständlich. Der Organisation thut man damit keine guten Dienste.

Berlin wäre es auch ebenso recht gewesen, wenn man sich über einen anderen Kandidaten geeinigt hätte.

O. Naack,

Leiter der fraglichen Sitzung.

(Weitere Einsendungen zu dem Frankfurter Eingekandt liegen noch vor aus Weikensee und Brandenburg, selbige dürften durch die Erklärung des Kollegen Naack erledigt sein.)

Die Redaktion.)

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zu den Differenzen in Neu-Flensburg wird uns gemeldet, daß thatsächlich in drei Werkstätten bereits die reduzierten Akkordtarife ausgehängt sind, und zwar bei den Firmen Heint. Lorey, Wittich und Neumann Söhne. In welcher Höhe sich die Abzüge bewegen, darüber folgende Proben:

Table with prices for various items: Kleiderschrank mit Schubladen, Kleiderkasten, Schuhschrank, Waschkommode, Müschelbottchen.

Die Kollegen sind selbstverständlich bemüht gewesen, mit den oben genannten drei Firmen zu unterhandeln, leider resultatlos; es werden aber weitere Unterhandlungen in Aussicht gestellt. Sollte sich auf glühlichem Wege eine Rücknahme der unerhöht hohen Abzüge nicht ermöglichen lassen, wird ein Abwehrstreik unausbleiblich sein. Von den 400 am Orte beschäftigten Holzarbeitern sind seit lange schon über 300 organisiert. Zugum von Schreibern und Lackirern ist bis auf Weiteres von Neu-Flensburg streng fern zu halten.

Die Differenzen bei der Firma Pinze in Lützenwalde sind zu Gunsten der Kollegen beigelegt, nachdem es geglättet war, sechs Arbeitswillige aus der Werkstat wieder herauszuholen. Am 6. Februar erklärte sich Herr P. im Beisein des Kollegen Stusche und zweier Kollegen bereit, die Forderungen seiner Arbeiter zu bewilligen. Mit zwei Streikbrechern, die noch in der Werkstat sind, dürfte Herr P. demnächst abrechnen, da solche Elemente nicht viel Segen bringen. Bei der Firma Herms konnte eine Einigung nicht erzielt werden, zwar wollte sie wieder 2 1/2 3 zuliegen, was dann immer noch ein Weniger von M 1-2 pro Woche für jeden Gesellen ausmachte. Am 12. Februar ist die Kündigung abgelaufen, und beschloffen die Kollegen einstimmig, es auf einen Lohnkampf ankommen zu lassen.

Zu der Berliner Pianofabrik von Schopf & Nieber befinden sich die Arbeiter seit dem 4. Februar im Streik. Den Anlaß zur Niederlegung der Arbeit gab der Unternehmer Herr Nieber dadurch, daß er bei Einführung der Theilarbeit bei den Umbaumachern eine bedeutende Reduzierung des bisher gezahlten Akkordpreises vornahm. Da die von Seiten der Arbeiter, sowie der Organisation geführten Verhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat führten, legten sämtliche beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder. Beihilft sind 30 Kollegen, von denen 20 dem Fachverein und 6 dem Verbands angehören.

Aus den Berufen der Holzbranche.

„Arbeiter entlassen, nur ja nicht die Arbeitszeit verkürzen.“ Ein Herr Mülich, seines Zeichens Laden- einrichtungsfabrikant und Sonstiges, vor Allem Agitator für den „Schußverband“, theilte in einer Versammlung seiner Kollegen mit, daß die vereinigten Vorstände der Verbände der Berliner Holzindustriellen beschloffen haben, in jedem Falle eintretende Arbeitsmangel den Kollegen zu empfehlen, überflüssige Arbeiter zu entlassen, nicht aber die Arbeitszeit zu verkürzen, da hierdurch die Bestrebungen der Arbeiterschaft für Einrichtung des achtstündigen Normalarbeitstages direkt gefördert würden.“ Und mit solchen Proben müssen sich unsere Berliner Kollegen herumschlagen.

Literarisches.

Vorlagen von Möbeln und anderen Schreinerarbeiten für die einfachsten Verhältnisse mit besonderer Rücksicht auf wohlfeile Herstellung und ansprechende Formen.“ So bezeichnen die bekannten Herren Architekten Aug. und Max Graf in Erfurt den Inhalt ihres neuesten Werkes „Der Dorfschreiner“ auf dem Titelblatt. Und wahrlich, sie haben damit das Richtige getroffen. Unter den vielen Werken, die der technische Büchermarkt aufweist, sucht man vergeblich nach einem Werke, das für den Tischlermeister auf dem Dorfe, für die kleinstädtischen Verhältnisse brauchbar ist. Ein glücklicher Gedanke war es, den die rühmlichst bekannte Verlagsgesellschaft Bernh. Friedr. Voigt in Leipzig mit der Schaffung des „Dorfschreiner“ zur Ausführung brachte und den Tischlermeistern in kleinen Orten ein Hülfsmittel in die Hand gab, das allen Anforderungen in vollkommener Weise entspricht. Das Werk enthält 24 Doppeltafeln in Großfolio. Da finden wir Buffets, Kommoden mit Glaschrankschneidungen, Schreibtische, Verilfos, Gallerieschränke, Tische und Schreibkommoden, Kleider- und Wäscheschränke, Stehschränke, Stehschreibbulte, Giegeisen, Tische, Sophas, Spiegel, Hängeleuchten, Ausziehtische, selbst der Kleinsten nicht; Nacht- und Küchenschränke mit und ohne Aufsatz, Bettstellen und Wägen, Eimerischränke, Küchenschrank, Geschirrschränke, Bettstühle, Hut- und Handtuchhalter, Blumenbreiter, Gardentische und Bänke, Stühle jeder Art und selbst die letzte Ruhestätte des Menschen, der Sarg, fehlt nicht in dem Werke.

Sämmtliche Kastenmöbel sind mit Höhen- und Grundriß gezeichnet. Außerdem gehören zum „Dorfschreiner“ sechs Werkstattzeichnungen, d. h. Gesimse, Kapitale, Dreharbeiten, wie Füße, Wägen, Spigen, Trauben zu den vorstehend angegebene Möbeln in natürlicher Größe. Auf elf Seiten, Großfoliantafeln, sind die Zeichnungen und Figuren näher erläutert und die Maße angegeben, so genau, daß jeder darnach arbeiten kann. Als Zugabe sind dem Werke eine Anzahl Rezepte über Leim, Lack und Politur beigegeben. Der Preis für das äußerst brauchbare, sauber ausgeführte, in Mappe verschlossene Werk beträgt nur M 7,50.

Ein dem vorstehenden fast gleiches Werk betitelt sich „Der Landtschreiner“. Die darin enthaltenen Möbelzeichnungen sind mehr als die obigen den bürgerlichen Verhältnissen der Kleinstadt angepaßt, sie sind etwas reicher ausgeführt, jedoch immer nur sehr einfach gehalten. „Der Landtschreiner“ enthält 26 Doppelfoliantafeln mit einem beschreibenden Text von 24 Folioletten und ebenso wie der Dorfschreiner sechs Bogen Werkstattzeichnungen. Daß dies Werk sich viele Freunde in Tischlermeisterkreisen erworben hat, geht schon daraus hervor, daß es in zweiter Auflage erscheint. Nur wenige Blätter sind unverändert geblieben, die übrigen sind verbessert und dem Fortschritt auf dem Gebiete der neuen Stilrichtung theilweise angepaßt. Auch dies Werk hat den Herrn Aug. Graf zum Verfasser und kostet, wie der „Dorfschreiner“, M 7,50. Wir können beide im gleichen Verlag erschienenen Werke allen Tischlermeistern und Interessenten auf's Wärmste empfehlen. Zu beziehen sind dieselben auch durch die Expedition dieser Zeitung.

Briefkasten.

* Wegen Raummangels mußten zurückbleiben Berichte bezw. Eingekandt aus Hartzb., Rehlenb., Freiberg, M.-Stadtbach, Rastatt, Magdeburg (Gauagsbericht), Dresden, Glückstadt, Schmöln, A. G. und B. R., Corbetha, H. S., Gölitz, Schwelm, Erlangen, Färth, Rabenau, Eilenach.

Döbeln, C. Es ist eigentlich unerhört, daß Sie uns Dinge verantworten lassen wollen, für welche Sie uns auch nicht den Schein eines Beweises liefern. Meinen Sie denn, die Redaktion sei eine Marionette, die nur an der Strippe gezogen werden braucht, wenn sie nach Ihrer Weise tanzen soll? Wir waren bisher gewöhnt, immer unsere eigene Meinung zu vertreten, auch wenn wir wußten, daß sie Opposition erzeugte und man uns nicht „grün“ sein würde; das wollen wir auch für die Folge so machen, unbedünnt darum, ob wir hier und da einmal in unliebsame Verührung kommen. Verstehen Sie unseren Will nach der Oppositionsbede?

Heidelberg, W. Für die Kollegen, von denen Sie einen in Berlin betrauern, ist die Reiseunterstützung da und nicht der Strick. Nur nicht zu schwarz malen, lieber Kollege.

Berlin, B. Durch die Broschüre des Vorstandes erledigt. Würzen, F. Hoffentlich haben Sie die Zeitungen früh genug erhalten.

Neustadt, O. S. Der Zeichnerverband hat seinen Sitz in Leipzig, Adresse: Herr J. Krämer, Weststr. 93. Ein außerordentlicher Verbandstag findet am 20. April in Leipzig statt. Das Organ „Der Zeichner“ wird jedem Mitglied gratis zugestellt.

Neu-Flensburg, M. Postabonnenten sind uns nicht bekannt; wenn der Bericht der Wahrheit entsprach, bedürfen Sie des Originals nicht. Altheim. Ihre Einsendung steht mit der Hauptfrage nur in sehr losem Zusammenhang und ist daher nicht zu verwenden.

Rathenow. Wir müssen den Namen des Einsenders wissen, der Stempel allein genügt uns nicht.

Weikenseefeld, R. Verlegt; am 20. Februar neuer Termin.

Siegen, S. Wir haben Sch. die Gründe vor drei Wochen bereits mitgeteilt, weshalb wir die Annonce nicht aufnehmen.

Altenburg, R. W. Wir meinen, die Angelegenheit ist erledigt. Sie haben die Gründe kennen gelernt, die uns bestimmen, eine Untersuchung über die uns zur Verantwortung mitgetheilten Thatsachen anzustellen und Sie wissen auch, warum wir gerade den Kollegen B. damit beauftragten. Ob Sie oder Andere das nun für Recht finden oder nicht, kommt nicht in Frage. Wir lassen uns keine Vorschriften machen, was wir in diesem Falle hätten thun sollen. Im Uebrigen müssen wir dringend bitten, sich über uns nicht so gewaltig aufzuregen; rege man sich lieber darüber auf, daß man uns so häufig unwahre, ja erlogene Berichte zuwendet, und uns zumühet, daß wir dieselben in der Offenlichkeit und vor Gericht vertreten sollen. Rechne man gefälligst mit den Hunderten von Mark, die der Verbandskasse indirekt durch solche unwahre Berichterstattung entstehen, nicht aber mit der minimalen Ausgabe, die ihr aus solcher Unternehmung erwachsen.

Verksammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Mittona. Mittwoch, den 19. Februar Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn P. Christianien, Blumenstr. 41. L.D.: 1. Fortsetzung des Vortrages über: „Die Versicherungsgefege“. Ref. Genosse Müller. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Barmen. Am Montag, den 17. Februar, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Bergedorf. Sonnabend, den 22. Februar Abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg. Montag, 17. Februar, bei Bernide. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

Düsseldorf. Dienstag, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

— Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 15. Februar, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köbnerstr. 26.

Eisenberg. Sonnabend, den 22. Februar, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Klokbahn 26.

Füssen. Sonnabend, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, im „Gasthaus zur Traube“, Neuhäuser Vorstadt: Außerordentl. Versammlung. Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Görlitz. Sonnabend, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, im „Verebere“ L.D.: Wahl der Delegierten zum Verbandstag und Gewerkschaftstongress, Geschäftliches, Aufnahmen und Fragekasten. Alle Kollegen werden ersucht, zu erscheinen.

Hartha. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats im Hotel „Schützenhaus“ statt.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in „Zu den drei Königen“, Marktstraße 26.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Castrup i. Westf. Bevollmächtigter Max Bretag, Wittenerstr. 57, 1. Et.

Eisenach. Bevollmächtigter Karl Kahle. Die Reiseunterstützung wird in der Herberge „Gasthof zum fröhlichen Mann“, vom Wirt ausbezahlt. Dasselbst auch Arbeitsnachweis. Die Ortsverwaltung.

Offen. Den reisenden Kollegen zur Kenntnissnahme, daß sich unsere Herberge jetzt beim Wirt **Graf-Wölling**, Gänsemarkt 18, befindet. Reiseunterstützung wird vom Kollegen **Oskar** in der Geschäftsstelle des „Redruf“ Kirchstraße 8, ausbezahlt.

Die Ortsverwaltung.

Partha. Bevollm. **Oskar Streller**, Annenstr. 6. Kassierer **Oskar Schmiedel**, Bismarckstr. 6. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Der Schreiner **Fritz Kern** aus Holsing, Buchn. 74 933, **Albert Müller**, Wagner aus Althausen, Buchn. 61 812, und **Joseph Schland**, Wagner aus Kopsaupten, Buchn. 85 007, werden hiermit aufgefordert, unverzüglich ihren Verpflichtungen unserer Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen.

Karl Alber, Kassierer, Füssen (Bayern), Franziskanerstr. 130

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Albin Engelmann, geb. 26. 7. 76 zu Wölzig b. Grimma i. S., gest. 2. 2. 1902 zu Waldheim.

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Kollege **Richard Bosse**, jende so schnell als möglich Deine Adresse an Deine Eltern in Bernau i. d. Mark. [M. 1,20]

Der Tischler **J. Pribick** wird hiermit gebeten, seine Adresse betrefis seiner Singe gegen Städte sofort mitzuteilen.
Wilh. Peters, Magdeburg, Schulstraße 11.

Schreiner

finden in Kollegen-freier durch Entgegennahme von Bestellungen auf den „Südb. Möbel- und Bauhandwerker“

lohnenden Nebenverdienst.
Näheres durch **L. Heilborn**, Stadt-Part, Landhausstr. 2

Benötigen Sie Rasir-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser und Gabeln, Scheeren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Zigarren- und Zigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald
bei Solingen Nr. 64.



Katalog mit ca. 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis u. franko.

Gleichzeitig versendet obige Firma, um Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waaren zu überzeugen, ein Silberstahl-Rasirmesser Nr. 30, wie Zeichnung, mit 5jähriger Garantie, fein hohlgeschliffen, mit Stahl, fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe**, zum Preise von 1,50 Mk. franko. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Möbelpolierer.

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis d. Verbandes der Möbelpolierer.

Geschäftsstelle: **H. Schulz**, Berlin O, 34, Memelerstr. 60a.
Der Vorstand.

Lackfabrik

sucht tüchtigen, redegewandten Reisenden von ansprechendem Aeußeren p. sobald, für eingeführte Tour, zum Besuch der Möbelabriken, Tischler- und Drechslerereien. Gelernte Tischler resp. Drechsler bevorzugt. Offerten, nebst Photographie und Zeugnissen, erbeten unter **H. G. 110** an die Expedition d. Bl.

Werksmeister

für Korbmwarenfabrik, durchaus erfahren in Geschlagen und Gefellarbeit, 30 Jahre alt, verh., sucht per sofort Engagement. Gefl. Offerten u. L. A. 109 an die Exp d. Bl.

Bei hoher Vergütung suche allerorts Herren, welche den Vertrieb hohelieg Artikel nebenbei übernehmen. Vertrieb eignet sich für Jedermann. Prospekt gratis und franko.
Herm. Woll, Zwickau i. S., Wülcherstr. 12.

Einige tüchtige Spazierstockpolierer für Naturstöcke sucht
Daniel Lorbe, Nürnberg.

1 Korbmachergefelle auf Ballon erhält sofort dauernde Arbeit.

C. Dölz sen., Burgstammen, Stat. Norbstemmen.

2 Korbmachergefellen gesucht, einer auf grün und einer auf weiß.

H. Schulze, Korbmachermeister, Spremberg i. d. L.

Ein Korbmachergehilfe, tüchtig auf Geschlagenes und Gefellarbeit, findet sofort dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei **Gust. Rose**, Bad Ilmenau i. Th.

In einer Stadt Westfalens von 65 000 E. ist ein schönes größeres Grundstück mit ganz neu erbauter

Dampftischlerei,

verb. mit Möbelmagazin, unter sehr günstigen Bedingungen ganz oder getheilt zu verkaufen.

Für 1 oder 2 freihändige Fachleute mit M. 10-20 000 eine selten günstige Gelegenheit. Gefl. Anfragen besorgt unter **K. O. 6386** **Rudolf Mosse**, Köln.



Für nur 90 Pfennig franco bei Einzahlung des Betrages per Postanweisung oder Briefmarke (Nachnahme kostet 20 Pfg. mehr) versende ich die geschätzte

Kaiser-Jagdhorn-Mundharmonika.

Dieses hat länglich weite Hörnerartige Form, mit einem tiefen Tönen, welche in einem Schallloch erklingen, wodurch der Ton ein angenehmes Geräusch erhält. Es ist für sich selbst schon ein sehr schön und eigentümlich klingendes Instrument, welches sich zu jeder Gelegenheit gebrauchen lässt. Alle dieser Instrumente sind, außerdem kann durch die verschiedenen Kombinationen an Röhren der Schall sehr verschiedenartig erzeugt werden. Besitzt in jedem Instrumente 24 Töne. Preislisten über alle Arten Mundharmoniken gratis und franko.

Für einen je beziehen durch **Hofm. Sauer** Kreuzstraße 167 i. Westf.

Technikum Stadtsulza (Thür.)

Fachschule für Tischler.

Programm kostenfrei durch die Direktion.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule
Heustadt i. Meckl.
Zelehner, Werkführer, Meister.

C. Bratsch, Rejnickendorf-Berlin.

Bratsch's Politur „Unerreicht“
Bratsch's Eichen-Nachschbeizen
Bratsch's weltberühmt. Mattlack
Bratsch's Schellack-Porenfüller
Bratsch's Politur- u. Glanzlack
sind die besten.

Prämiiert:
Leipzig und Gewerbeausstell. Berlin.

In der Nähe Lübeck's ist eine seit 26 Jahren bestehende, gut gehende Bau-, Möbel- und Kunstschäftstischlerei mit vier Bänken krankheitsshalber billig zu verkaufen. Offerten unter **A. M. 111** an die Exped. d. Bl.



Unkosten und franko erhält Jeder meinen Pracht-Katalog mit ca. 8000 Abbild. v. Messern, Scheeren, Sensen, Waffen, Fernrohr, Gold- und Lederwaren etc. (unentbehrl. für jeden Haushalt). Empfehle unübertroffene Silberstahl-Rasirmesser mit Stahl u. M. 2, desgleichen Diamantstahl M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik, Hoch-Solingen 18.

Genossen! Kauft nur den Bleistift von **Jean Bos**, Stein bei Nürnberg.

Viel sparen kann Jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

*** Felsen-Hemd ***

trägt. Bestes Trikot-Hemd, fast unzerstörbar, warm — nicht einlaufend
Brust- oder mittl. groß ganz groß
Halschluss: M. 2,50 2,75 3,—
Hosen: „ 2,— 2,20 2,40
Vorherfendung od. Nachn. v. 3 Stk. an franko.
Alleinvertauf **Gustav Krüdel**, Zeitz.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36
Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da scharf und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisegekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Anstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachanstaltung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.